

Der erste Leiter des Kommandos X Karl Keilhofer

Lebensweg eines sudetendeutschen MfS-Offiziers.

Peter Erler

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges in Europa kehrten über 1 000 deutsche Politemigranten aus dem Exilland Sowjetunion zurück.¹ Zu diesem Personenkreis gehörte auch eine kleine Gruppe sudetendeutscher Kommunisten aus der Tschechoslowakei.² Fast ausnahmslos fanden sie und ihre Familienangehörigen ab Ende 1945 in der SBZ/DDR eine neue Heimat.

Bisher gibt es keine wissenschaftlichen Studien, die die Kollektivbiografie dieser Frauen und Männer untersuchen.³ Vergleichsweise viele dieser aus der Tschechoslowakei stammenden Remigranten konnten zumeist aufgrund von einschlägigen Erfahrungen mit klandestinen Strukturen in der Sowjetunion ihre berufliche Entwicklung in der NVA oder im MfS fortsetzen.⁴

Zum Kreis der sudetendeutschen Stasi-Mitarbeiter, die wahrscheinlich zum großen Teil miteinander bekannt waren, gehörte auch Karl Keilhofer. Seine Biografie ist nicht besonders spektakulär. Als einfacher Handarbeiter ohne jegliche politische Funktionärskarriere kann er als Mann aus der sprichwörtlichen zweiten oder gar dritten Reihe bezeichnet werden. Seine Vita steht beispielhaft für unzählige Kommunisten, welche sich im Rahmen der eigenen individuellen Befähigungen und Prägungen für ein aus ihrer politischen Perspektive alternatives Staats- und Gesellschaftsmodell engagiert haben, aber in Nachschlagwerken und in der historischen Literatur keine oder nur minimale Spuren hinterlassen haben.

Folgender lebensgeschichtliche Beitrag⁵ illustriert zudem beispielhaft den engen landsmannschaftlichen Zusammenhalt der sudetendeutschen Offiziere und das Funktionieren anderer durch gemeinsame kollektive Erfahrungen begründeter persönlicher Beziehungsgeflechte und „Seilschaften“ im MfS der fünfziger und sechziger Jahre.

Für eine allseitige und lückenlose Darstellung der Biografie Karl Keilhofers ist die Quellenbasis streckenweise sehr defizitär und hochgradig ambivalent. Aus diesen Gründen geht der Autor auch sehr zurückhaltend mit (Be-)Wertungen und Urteilen um. Bedauernd ist in diesem Kontext, dass der Sohn von Karl Keilhofer auf die Bitte des Autors, über seinen Vater ein vertiefendes Gespräch zu führen, nicht reagiert hat.

1 Mensing, Wilhelm: Remigration deutscher Politemigranten aus der Sowjetunion in die Sowjetische Besatzungszone/Deutsche Demokratische Republik 1945-1962, in: Zeitschrift des Forschungsbundes SED-Staat Nr. 38/2015, S. 124.

2 Zu den Zahlen siehe: Foitzik, Jan: Kadertransfer. Der organisierte Einsatz sudetendeutscher Kommunisten in der SBZ 1945/46, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 1983, S. 317; Schneider, Miroslav: Die tschechoslowakische Auswanderung in die Sowjetunion in der Zwischenkriegszeit (1921-1939). Dissertation zur Erlangung der Doktorwürde der Philosophischen Fakultät der Universität Regensburg, Regensburg 2007, S. 203 ff. van Hoorn, Heike: Neue Heimat im Sozialismus. Die Umsiedlung und Integration sudetendeutscher Antifa-Umsiedler in die SBZ/DDR. Essen 2004, S. 49.

3 Einen Überblick bieten Foitzik: Kadertransfer und van Hoorn: Heimat.

4 Z. B.: Wilhelm Gaida, Karl Linke, Alfred Pompe, Robert Korb, Paul Opadlik, Josef Schütz, Otto Schwab, Franz Schkopik, Josef Schütz, Heinz und Victor Stern, Rudolf Süßmilch, Gustav Tschapek, Martin Weikert.

5 Diese Artikelversion hat einen reduzierten Fußnotenapparat. Eine erweiterte Fassung mit allen Quellenbelegen erscheint zu einem späteren Zeitpunkt auf der Internetseite der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen.

Arbeiter im Sudetengebiet und Freiwilliger im Spanischen Bürgerkrieg

Karl Anton Keilhofer kam am 4. April 1909 in einer sechsköpfigen deutschen Bergarbeiterfamilie in Tischau bei Teplitz-Schönau zur Welt. Beide Elternteile entstammten dem sudetendeutschen Arbeitermilieu und waren sozialdemokratisch orientiert. Sowohl sein Vater Anton Keilhofer als auch seine Mutter, die Hausfrau Anna Keilhofer, waren Mitglieder zunächst in der österreichischen und dann in der tschechoslowakischen Sozialdemokratischen Partei. Sohn Karl wuchs mit seinen drei jüngeren Geschwistern in Kosten bei Teplitz-Schönau auf. Bereits als Kind verbrachte er einen Teil seiner Freizeit bei den „Roten Falken“ und im „Arbeiter-Turn-Sport-Verein“.⁶



In seinem Heimatort besuchte der junge Keilhofer die fünfklassige Allgemeine Volksschule.⁷ 1925 nahm er eine Schuhmacherlehre bei seinem Onkel Eduard Stiller in Schimar bei Lobositz an der Elbe auf. Dort legte er 1928 auch seine praktische Meisterprüfung ab. Allerdings blieb seine theoretische Handwerksausbildung mehr als rudimentär. Dazu vermerkte er in einem späteren Lebenslauf, dass er die eigentlich obligatorische Gewerbeschule „wegen zu großer Entfernung nicht besuchen“ konnte.⁸

In den Folgejahren übte Keilhofer bei wechselnden Arbeitgebern minderqualifizierte Tätigkeiten aus. Nach einem halben Jahr als Schuhmachergehilfe verdingte er sich bis 1931 zunächst als Kutscher in der Landwirtschaft und beim Bau einer Wasserleitung. Danach war er bis 1933 beim Bezirksstraßenamt Teplitz-Schönau beschäftigt. Einige Monate lang verdiente er seinen

Lebensunterhalt als Bergmann im Schacht „Barbara“ in Brüx. 1934 erhielt er dann eine Anstellung im Glashüttenwerk Rindskopf & Söhne in Kosten, zunächst als Arbeiter und in der Folgezeit wieder als Kutscher.⁹

Bereits während seiner Berufsausbildung war der Lehrling Keilhofer politisch engagiert. 1925 trat er in die Sozialistische Arbeiterjugend ein, deren Ortsgruppe in Kosten

⁶ BStU, MfS KS 130/64 (im folgenden Kaderakte [KA] MfS), Lebenslauf vom 27. Oktober 1948, Bl. 25.

⁷ Rußländisches Staatliches Archiv der sozialen und politischen Geschichte (RGASPI), 495/272/1830 (im folgenden KA Komintern [KI], Lebenslauf von Anfang August 1937, Bl. 25. In allen anderen überlieferten Kurzbiografien und Lebensläufen verlängert Keilhofer einen Volksschulbesuch auf acht Klassen.

⁸ Die Lehre beendete Karl Keilhofer 1927 als Geselle. KA MfS, Lebenslauf vom 27. Oktober 1948, Bl. 24.

⁹ KA KI, Nachtrag zur Biografie vom 22. März 1939, Bl. 38, KA MfS, Lebenslauf vom 27. Okt. 1948, Bl. 24.

er 1927/28 leitete. Ein Jahr später wurde er in die Deutsche Sozialdemokratische Arbeiterpartei in der Tschechoslowakei (DSAP) überführt.¹⁰ Dort übernahm Karl Keilhofer gleichfalls kleinere Funktionen auf der untersten Leitungsebene.¹¹ Ab 1931 war er darüber hinaus in der sozialdemokratisch orientierten Gewerkschaft Union der Bergarbeiter aktiv.¹²

In den folgenden Monaten geriet er jedoch mehr und mehr in Widerspruch zu der, wie er später in einem Lebenslauf schrieb, „reaktionäre[n] Politik“ der DSAP-Führung.¹³ Parallel zur schrittweisen Abkehr von der sozialdemokratischen Parteilinie näherte sich Keilhofer sukzessive den in seiner Heimatregion stark vertretenen Kommunisten an, mit denen er seit etwa 1930 bei Streikaktionen und auf Arbeitslosendemonstrationen häufig zusammentraf. Zu weiteren intensiven politischen Gesprächen mit Mitgliedern der KPTsch (Kommunistische Partei der Tschechoslowakei) kam es insbesondere während seiner Teilnahme an der Arbeiterolympiade 1931 in Wien.¹⁴ In Anbetracht seiner von der offiziellen Parteilinie abweichenden Aktivitäten mit den Kommunisten schloss ein Parteigericht ihn und einen anderen oppositionellen Sozialdemokraten 1932 schließlich aus der DSAP aus.

Nach einer mehrjährigen Phase, in der er parteiorganisatorisch nicht gebunden war, aber engen Kontakt zu seinen neuen politischen Gefährten hielt, trat er am 1. Oktober 1935 der sudetendeutschen Gruppe innerhalb der KPTsch bei.¹⁵ Dort betätigte er sich in den untersten Struktureinheiten wiederum als Parteiarbeiter. So war er in einer Basiszelle in Kosten als Literaturobmann und dann als Kassierer aktiv.¹⁶ Gleichfalls bewarb sich Karl Keilhofer um die Mitgliedschaft in verschiedenen kommunistischen Massenorganisationen. In der Arbeiterhilfsorganisation Solidarität stieg er vom Kassierer zum Ortsleiter auf.¹⁷ Darüber hinaus wurde er bald auch Mitglied der Revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO) und Angehöriger der Kampfschutzstaffel.¹⁸

Zusätzlich soll Keilhofer auf verschiedenen konspirativen Tätigkeitsfeldern der Partei zum Einsatz gekommen sein. So erhielt er angeblich den Auftrag, als Leiter einer neunköpfigen Gruppe illegale Schleusungen von und nach Deutschland abzusichern. Er selbst wurde nach Darstellung späterer Kaderunterlagen von der KPTsch einige Male mit geheimen Aufträgen über die grüne Grenze geschickt. Offenbar betätigte sich Keilhofer auch auf dem Gebiet der Abwehrarbeit. So will er 1934 zwei Agenten der Gestapo an die tschechoslowakische Polizei übergeben haben. Nachdem die Firma Rindskopf & Söhne ihn 1935 entlassen hatte und er in der damaligen wirtschaftlichen Krisensituation keine neue Festanstellung fand, kam laut den erwähnten Kaderpapieren ein weiteres spezielles Aufgabengebiet hinzu. Mit zwei weiteren Parteimitgliedern wurde er demnach in den Kurierdienst des Zentralkomitees (ZK) der KPTsch involviert.¹⁹

10 Ebd.

11 Keilhofer war unter anderem Kassierer und „Ordnerleiter“ in Kosten. Ebd. Mit „Ordnerleiter“ ist wahrscheinlich seine Leitungsfunktion in der Roten Wehr gemeint.

12 Ebd., Tabellarischer Lebenslauf o. D. (1949), Bl. 3.

13 KA MfS, Lebenslauf vom 1. Februar 1950, Bl. 108.

14 KA KI, Biographie vom 22. März 1939, Bl. 36.

15 Ebd., Lebenslauf von Anfang August 1937, Bl. 25. Seinen KPTsch-Eintritt datiert Keilhofer in späteren Kaderunterlagen für die Volkspolizei und für das MfS auf das Jahr 1932. Z. B.: Ebd., Lebenslauf vom 27. Oktober 1948, Fragebogen vom 9. März 1950, Bl. 25, 7.

16 Ebd., Charakteristik vom 2. Mai 1955, Bl. 81.

17 Vergleichbar der Roten Hilfe in Deutschland. KA KI, Lebenslauf Anfang August 1937, Bl. 25.

18 KA MfS, Charakteristik vom 2. Mai 1955, Bl. 81. Bei der Kampfschutzstaffel der KPTsch handelte es sich um eine mit dem Rotfront-Kämpferbund in Deutschland vergleichbare Organisation.

19 Ebd., Vorschlag zur Verleihung der Medaille „Kampf gegen den Faschismus“ o. D. Bl. 90.

Prinzipiell ist gegenüber diesen nachträglichen, zumeist durch keine weiteren Dokumente belegten Angaben Keilhofers über seine klandestinen Parteiaktivitäten in der Tschechoslowakei eine gewisse Skepsis angebracht. Sie stammen in der Regel aus Lebensläufen für das MfS oder aus Begründungen und Befürwortungen im Zusammenhang mit bevorstehenden Beförderungen bzw. Auszeichnungen. Wie in anderen angemerkt Fällen dürfte Keilhofer auch hier seine Verquickung in historische Geschehnisse ausgeschmückt und überzeichnet haben, um bei seinen neuen Dienstherrn als kampf- und leitungserfahrener Genosse dazustehen.

Im Juli 1936 putschten auf der iberischen Halbinsel reaktionäre Militärs, und in Spanien begann ein blutiger Bürgerkrieg. Wie Tausende andere Kommunisten und linke Internationalisten weltweit machte sich auch Karl Keilhofer auf dem Weg, um die bedrängte Volksfrontregierung in ihrem Kampf gegen General Franco und seine deutschen und italienischen Verbündeten mit der Waffe in der Hand zu unterstützen. Die Reise endete jedoch abrupt. Nach der Überfahrt mit einer Ostseefähre wurde er in Kopenhagen verhaftet und von den dänischen Behörden ausgewiesen. Nach Kopenhagen zurückgekehrt, hielt er sich einige Zeit mit Gelegenheitsarbeiten über Wasser.²⁰

Im Juli 1937 brach Karl Keilhofer erneut in Richtung Spanien auf. Nach Absprache mit den verantwortlichen Mitarbeitern des Parteiapparates wählte er diesmal eine andere Reiseroute. Die Eisenbahnfahrt führte nunmehr durch Deutschland nach Paris und war als mehrtägiger Ausflug zu der dort stattfindenden Weltausstellung getarnt.²¹ Anfang August 1937 traf Keilhofer dann in der Hauptstadt der spanischen Provinz Kastilien-La Manchas Albacete ein, wo sich das Hauptquartier der Internationalen Brigaden befand.²²

Dort durchlief er eine Musterung und eine Überprüfung seiner militärischen Kenntnisse. Letztere schien den Inspektoren ausreichend zu sein, und er wurde ohne weitere Ausbildung nach anderthalb Tagen einer Einheit der XIII. Internationalen Brigade zugeteilt und am 9. August 1937 an die Front nach Madrid geschickt.²³ Kurz darauf wechselte er zur Kompanie „Jan Zizka“ im Bataillon „Georgi Dimitroff“ der XV. Internationalen Brigade, mit welcher er an der Aragon-Front bei den Kämpfen um Quinto und Belchite teilnahm.²⁴ Seine Feuertaufe überstand der Interbrigadist Keilhofer, als Schütze oder Gehilfe an einem Maschinengewehr „Maxim“, mit vier leichten Splitterverletzungen.²⁵ Fatal war dagegen, dass er sich im Frontlazarett mit Typhus ansteckte und die Durchfallerkrankung auch während eines mehrere Wochen währenden Hospitalaufenthalts in Benicassim nicht richtig auskurieren konnte. Am 1. Oktober wurde er, obwohl er immer noch stark erhöhte Temperatur (39 Grad) hatte, zur Huesca-Front in den Pyrenäen abkommandiert.²⁶ Dort brach er nach 18 Tagen zusammen und kam wieder in ein Militärhospital. Halbwegs wiederhergestellt erhielt er im Januar 1938 abermals einen Marschbefehl an die Aragon-Front, wo erbitterte Kämpfe um die Stadt Teruel tobten. Dort infizierte er sich erneut. Diesmal mit der im Mittelmeerraum weit verbreiteten Brucellose, auch Malta- oder Mittelmeerfieber genannt. Es folgte die dritte Einweisung

20 Ebd., Lebenslauf vom 27. Oktober 1948, Aktenvermerk vom 19. Dezember 1956, Bl. 25, 15.

21 KA MfS, Charakteristik vom 2. Mai 1955; Lebenslauf vom 1. Februar 1950, Bl. 81, 108.

22 Ebd., Lebenslauf vom 1. Februar 1950, Bl. 108; Abel, Werner/Hilbert, Enrico: „Sie werden nicht durchkommen“. Deutsche an der Seite der Spanischen Republik und der sozialen Revolution. Unter Mitarbeit von Harald Wittstock, Friedrich Villis und Dieter Nelles, Band 1. Lich 2015, S. 254.

23 KA MfS, Lebenslauf vom 1. Februar 1950, Ebd.: Charakteristik vom 2. Mai 1955, Bl. 108, 81.

24 Ebd., Lebenslauf vom 27. Oktober 1948; Kaderakte, Bl. 25.

25 Einzelne Granatsplitter verblieben im rechten Lungenflügel. MfS KS II 130/64 GU I, Bd. 1, Bl. 227.

26 KA MfS, Lebenslauf vom 1. Februar 1950, Charakteristik vom 2. Mai 1955, Bl. 108, 81.

in eine Sanitätseinrichtung.²⁷ Nach der Niederlage bei Teruel wurde Keilhofer nach Barcelona verlegt und einer Wacheinheit zugeteilt. Aber auch dort ließ ihn das Fieber nicht los. Daraufhin entschied eine Ärztekommision im Sommer 1938 den gesundheitlich stark angeschlagenen und frontuntauglichen Sargento (Sergant) nach Hause zu schicken.²⁸

Nachträglich schätzten Kaderfunktionäre aus dem Kominternapparat ein, dass Karl Keilhofer „sich in Spanien als disziplinierter und sehr guter Antifaschist erwiesen hätte“. Gleichzeitig vermerkten sie aber auch inkriminierend seine dort gezeigte Inaktivität bezüglich des „politischen Lebens“.²⁹

Emigrant in die Sowjetunion

Als Keilhofer nach Kosten zurückkam, traf er auf eine radikal veränderte politische Situation. Während seiner Abwesenheit hatten die nationalsozialistischen sudetendeutschen Kräfte, die den Anschluss an Deutschland forderten, in seiner Heimatregion enorm großen Zulauf erhalten. Die Gemeindewahlen vom Mai und Juni 1938 gewann die Sudetendeutsche Partei von Konrad Henlein haushoch mit etwa 90 Prozent der deutschen Stimmen. Massiv gefördert und unterstützt durch die Partnerpartei NSDAP und die Reichsregierung unter Adolf Hitler provozierten die „Henlein-Faschisten“ und deren Freiwilliger Schutzdienst seit Frühjahr 1938 gewalttätige Auseinandersetzungen mit den staatlichen Sicherheitskräften sowie mit den sudetendeutschen Sozialdemokraten und Kommunisten. Angesichts der nationalsozialistischen Bedrohung rief auch die KPTsch-Führung ihre Parteimitglieder und -anhänger zur Verteidigung der bisher bekämpften Tschechoslowakischen Republik auf.

Unter den bürgerkriegsähnlichen Bedingungen organisierte der durch seinen Einsatz in Spanien vergleichsweise kampferfahrene Karl Keilhofer in Kosten und Umgebung die antifaschistische Republikanische Wehr und bereitete deren Bewaffnung vor. Außerdem soll er als „Hundertschaftsführer“ den Kontakt zu Einheiten der tschechoslowakischen Armee aufgenommen haben, um diese beim Schutz der nah gelegenen Grenze vor Überfällen der Henlein-Anhänger aus dem Reich, die seit August 1938 im „Sudetendeutschen Freikorps“ organisiert waren, zu unterstützen.³⁰

Einen Tag nach dem Münchner Abkommen überschritten deutsche Truppen am 1. Oktober 1938 die Grenzen und okkupierten die überwiegend von Deutschen besiedelten Gebiete der Tschechoslowakei. Durch den Einmarsch der Wehrmacht in seine Heimat und die unmittelbar darauf einsetzenden Verfolgungsmaßnahmen der Gestapo befand sich Keilhofer in großer Gefahr und musste in die Illegalität gehen. Der KPTsch-Kreissekretär von Teplitz-Schönau empfahl ihm – obwohl auch in der Tschechoslowakei mittlerweile jegliche Aktivitäten der Kommunisten verboten waren –, sich nach Prag abzusetzen.³¹ Dort angekommen, beschlossen vermutlich die zuständigen Parteigremien seine Emigration nach Großbritannien.

27 Ebd., Lebenslauf vom 27. Okt. 1948, Bl. 25; KA KI, Nachtrag zur Biographie vom 22. März 1939, Bl. 38.

28 Ebd., Werner/Hilbert: „Sie werden nicht durchkommen“, S. 254.

29 RGASPI, 545/6/1468, Kurzcharakteristik der Kommission für ausländische Kader beim ZK der KP Spaniens und des Exekutivkomitees der Komintern (EKKI) von 5. Oktober 1940, Bl. 28.

30 Zur gleichen Zeit leitete er in Kosten eine KPTsch-Parteigruppe und war Mitglied der Ortsleitung. KA KI, Fragebogen vom 22. März 1939, Bl. 35; KA MfS, Vorschlag zur Verleihung der Medaille „Kampf gegen den Faschismus“ o. D., Bl. 90.

31 KA KI, Biographie vom 22. März 1939, Bl. 35.

In den folgenden Monaten, in denen sich die innenpolitische Lage zusehends zuspitzte und die „Rest-Tschechoslowakei“ weiter zerfiel, hielt sich Keilhofer in einem Flüchtlingslager in der mittelböhmischen Kleinstadt Blatna auf.

Am 14. März 1939 wurde Keilhofer dann vom Leiter des Flüchtlingskomitees, dem KPTsch-Funktionär Rudolf Dölling, für seine bevorstehende Abreise ins Exil in die Landeshauptstadt beordert.³² Er traf jedoch erst am darauffolgenden Tag, an dem Hitler den verbliebenen Teil der Tschechoslowakei annektieren ließ, in Prag ein. Damit war für Keilhofer eine legale Ausreise nach Großbritannien über die nun von der Wehrmacht kontrollierten Staatsgrenzen nicht mehr möglich. In dieser heiklen Situation erwiesen sich die sowjetischen Botschaftsmitarbeiter als Retter aus der Not. Schnellstmöglich stellten sie für die betroffenen KPTsch-Genossen die für eine Einreise in die UdSSR benötigten Ausweispapiere bereit und avisierten sie in Moskau. So konnte auch Keilhofer kurz darauf einen entsprechend präparierten Pass im Konsulat entgegennehmen.

Nachdem alle Reisevorbereitungen getroffen waren, verließ Keilhofer am 18. März das nunmehr zum Protektorat Böhmen und Mähren gehörende Prag.³³ Bei Mährisch-Ostrau überschritt er kurz darauf illegal die tschechische Grenze. Auf der polnischen Seite half ihm ein jüdisches Grenzkomitee, nach Warschau zu gelangen. Dort meldete er sich wie vereinbart auf dem sowjetischen Konsulat, welches seine Weiterfahrt mit dem Zug Richtung Osten organisierte. Schließlich traf er ohne jegliche Zwischenfälle am 21. März 1939 auf dem Bjelorussischen Bahnhof in Moskau ein.³⁴

Auf dem Bahnsteig empfingen ihn Genossen der tschechoslowakischen Kominternvertretung. Vermutlich musste er ihnen und den anderen KPTsch-Funktionären im Hotel „Lux“ über die Lage der Partei und die aktuelle Situation in Prag berichten.

Unmittelbar darauf nahm die MOPR, die sowjetische Filiale der Internationalen Roten Hilfe (IRH), Keilhofer in ihre Obhut. Die staatliche Hilfsorganisation brachte den physisch geschwächten Flüchtling zunächst in einem Erholungsheim in dem 40 Kilometer von Moskau entfernten Städtchen Opalicha unter.³⁵ Nachdem einige Wochen vergangen waren, organisierte sie für den auch nervlich stark Angeschlagenen eine längere Heilkur in einem Sanatorium in Jalta.³⁶

Während Keilhofer auf der Krim behandelt wurde und die Moskauer Miliz seine Legitimation als staatenloser Ausländer klärte, entschieden Funktionäre im Kominternapparat über seine weitere parteipolitische Verwendung. Wie andere ehemalige Spanienkämpfer mit starken gesundheitlichen Beeinträchtigungen auch fand er bei der Kaderplanung seiner Partei und bei der Auswahl für militärische und sonstige Schulungsmaßnahmen keine Berücksichtigung. Offensichtlich waren für diese ausgrenzende Entscheidung auch noch andere Sachverhalte relevant. So heißt es in einer Kadereinschätzung: „Gen. Keilhofer ist politisch schwach und auch sonst wenig entwickelt. Im persönlichen Leben öfters unkameradschaftlich und dabei sehr empfindlich“.³⁷

Bestimmend für das weitere Emigrantendasein Keilhofers in der UdSSR, der nach der Rückkehr von der Krim die unterste Invalidenstufe (3. Gruppe) attestiert bekam, waren letztlich seine berufliche Qualifizierung und der noch immer bestehende Fachkräftemangel in der sowjetischen Wirtschaft.

32 Ebd., Lebenslauf vom 24. März 1939, B. 40.

33 KA KI, Fragebogen vom 22. März 1939, Bl. 35.

34 KA MfS, Lebenslauf vom 27. Oktober 1948; Lebenslauf vom 1. Februar 1950, Bl. 25, 109.

35 van Hoorn: Heimat, S. 49. Dort als Lager „Opalicka“ bezeichnet.

36 In einer Charakteristik wird er als „Nervenkranker“ bezeichnet. KA KI, Kurzeinschätzung, ca. 1940, Bl. 1.

37 Ebd., Einschätzung vom 3. September 1940, Bl. 9.

Etwa im Oktober 1939 schickten ihn die Moskauer Entscheidungsträger mit weiteren emigrierten Landsleuten nach Rostow am Don, wo sie in der Schuhfabrik „Mikojan“ eine Anstellung erhielten.³⁸ Keilhofer wurde der ersten Klebeabteilung zugeteilt und musste dort die vorgefertigten Seitenteile am Leisten anpassen. Untergebracht war die kleine sudetendeutsche Gruppe im Arbeiterwohnheim des Werkes.³⁹

In Rostow lernte Keilhofer bereits nach wenigen Wochen die ein Jahr jüngere Russin Maria Abramenko kennen. Sie war im selben Betrieb als Buchhalterin beschäftigt. 1940 zogen beide zusammen und gründeten einen gemeinsamen Haushalt. Maria Abramenko half Keilhofer nicht nur dabei, sich im sowjet-russischen Alltag zurechtzufinden. Sie übernahm, wie bei den gelegentlich auftretenden Malariaanfällen, auch seine Betreuung und Pflege.⁴⁰ Bald stellte sich zudem heraus, dass der Neurastheniker den Lärm der Fabrikmaschinen nicht ertragen und unter diesen ihn stark belastenden Bedingungen eigentlich nicht arbeiten konnte.⁴¹

Nachdem die Regierung der UdSSR am 16. Juli 1940 eine erweiterte Rentenregelung für Militärangehörige und ihre Familien beschlossen hatte, beantragte der ehemalige Spanienkämpfer Keilhofer daraufhin eine staatliche Unterstützung als versehrter Kriegsteilnehmer.⁴² Sein Gesuch unterstützten das Parteikomitee und die Direktion der Schuhfabrik durch eine geschönte Charakteristik. Darin hieß es unter anderem: „Genosse Keilhofer ist politisch entwickelt, verhält sich sehr gut zum Studium der Klassiker des Marxismus, liest Lenin. Mitglied der Gewerkschaft der Fußbekleider (aufgenommen in der Fabrik).“⁴³ Zurückhaltender äußerten sich die sudetendeutschen KPTsch-Funktionäre im Apparat des EKKI Robert Appelt und Robert Korb über den Antragsteller. „Gen. Keilhofer ist ein verhältnismäßig junges Parteimitglied. [...] Er hat im Orts- und Betriebsmaßstab gearbeitet [...] Er ging mit Zustimmung der Partei in Emigration und verhält sich gut.“⁴⁴ Am 9. April 1941 entschied die Bewilligungskommission des Volkskommissariats für Sozialfürsorge über die Sonderrente für den ehemaligen Interbrigadisten Keilhofer. Entsprechend der getroffenen Festlegung stand ihm unter Berücksichtigung seiner Invaliditätsgruppe ab Beginn des laufenden Monats eine staatliche Unterstützung in Höhe von 200 Rubel zu.⁴⁵

Sein schlechter Allgemein- und Gesundheitszustand hielt Keilhofer nicht davon ab, sich nach dem Überfall Deutschlands und seiner Verbündeten auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 als Freiwilliger zur Roten Armee zu melden, um sein Exilland mit der Waffe in der Hand gegen die Aggressoren zu verteidigen. Wegen seiner schwachen Konstitution wurde er jedoch von der Rekrutierungsstelle abgewiesen.⁴⁶

Zwei Monate später erfasste Keilhofer, wie andere Hunderttausende Betroffene in der Sowjetunion auch, eine erneute stalinistische Repressionswelle. Diesmal waren die über Jahre andauernden staatlichen Zwangsmaßnahmen pauschal und stigmatisierend gegen ganze Völkerschaften und Nationalitäten gerichtet. Dabei unterstellte der sowjetische Diktator Josif Stalin unter anderem auch der russlanddeutschen nationalen Minderheit,

38 Zu der Gruppe gehörten Franz Masopust, Albert Tausinger, Emil Zumpe sowie Emil und Josef Thierberger. Schneider: Auswanderung, S. 209 ff.

39 KA KI, Charakteristik vom 27. September 1940, Kurzeinschätzung, ca. 1940, Bl. 12, 1.

40 Landesarchiv Berlin (LAB), C Rep: 118-01, Nr. 22757 (im Folgenden: OdF Akte, Lebenslauf Marie Keilhofer o. D. (nach 1988); KA MfS, Lebenslauf vom 1. Februar 1950, Fragebogen vom 2. November 1948, Bl. 20, 108.

41 KA KI, Charakteristik vom 27. September 1940, Bl. 12.

42 Ebd., Telegramm vom 21. April 1941, Bl. 21.

43 Ebd., Charakteristik vom 27. September 1940, Bl. 12.

44 Ebd., Vertrauliches Schreiben vom 1. Oktober 1940, Bl. 43.

45 KA KI, Telegramm von Kulikowa an das ZK der MOPR vom 21. April 1941, Bl. 31.

46 KA MfS, Vorschlag zur Verleihung der Medaille „Kampf gegen den Faschismus“ o. D., Bl. 91.

den Kriegsgegner aktiv zu unterstützen und ihm Vorschub zu leisten. Dieser Vorwurf diente als Begründung für die zwangsweise Umsiedlung der gesamten deutschstämmigen Bevölkerung aus dem europäischen Teil des Landes in klimatisch unwirtliche asiatische Gebiete der UdSSR.

Am 19. September 1941 musste auch Karl Keilhofer mit den anderen Sudetendeutschen aus der Schuhfabrik in Rostow den Güterwagen eines Deportationszuges besteigen, der nach tagelanger entbehrungsreicher Fahrt im Gebiet Barnaul in der Altairegion eintraf.⁴⁷ Am Verbannungsort unterlag er als Zwangsangesiedelter („Spezposelenez“) den repräsentativen Auflagen der zuständigen NKWD-Abteilung.

Kurz darauf wendete sich das Schicksal für die Sudetendeutschen erneut, und sie wurden wieder aus der Verbannung entlassen. Alles deutet darauf hin, dass sich das ZK der MOPR für ihre Freigabe eingesetzt hatte.⁴⁸ Die Hilfsorganisation schickte sie darauf nach Mittelasien. Zunächst versuchte die Gruppe um Keilhofer in Alma Ata und dann ab November 1941 in Frunse Fuß zu fassen. In beiden Republikhauptstädten wurde ihnen jedoch aufgrund der fehlenden Unterstützung durch die lokalen MOPR-Filialen, denen sie offensichtlich nicht avisiert waren, eine Aufenthaltsgenehmigung verwehrt. Schließlich kamen sie in der Ortschaft Dschangi-Dscher im Gebiet Frunse unter, wo sie in einem Kolchos Arbeit und Unterkunft erhielten.⁴⁹ Die folgenden Wintermonate waren für die gestrandeten Emigranten besonders entbehrungsreich. Da sie zum großen Teil keine warmen Sachen und entsprechendes Schuhwerk hatten, erkrankten sie häufig an fiebrigen Erkältungen. Emil Zumpe und Keilhofer litten zudem an starken rheumatischen Schmerzen.⁵⁰

Etwa im März 1942 ermöglichte die zuständige Bezirks-MOPR-Leitung der Kirgisischen Sowjetrepublik die Rückkehr der Sudetendeutschen nach Frunse.⁵¹ Zur gleichen Zeit traf dort auch die aus Rostow am Don evakuierte Lebensgefährtin Keilhofers, Maria Abramenko, ein.⁵² Beide erhielten in einer Schuhfabrik eine Anstellung. Keilhofer kam in einer Halle zum Einsatz, wo diverse Näharbeiten ausgeführt wurden. Um den stetig großen Versorgungsbedarf der Roten Armee an Schuhen und Stiefeln abdecken zu können, leistete die Belegschaft des Betriebes, wie die Werk tätigen in anderen Produktionsstätten des Hinterlandes auch, regelmäßig Überstunden. Oft bestand der Werktag in der Fabrik aus zwei aufeinanderfolgenden Normalschichten.⁵³ Der körperlich geschwächte Keilhofer, den noch immer rheumatische Gelenkschmerzen plagten, war diesem strapaziösen Arbeitspensum jedoch nicht gewachsen.⁵⁴

47 KA KI, Lebenslauf vom 20. März 1943, Bl. 14.

48 In den in der SBZ/DDR entstandenen Personal- und Kaderunterlagen Keilhofers ist die Deportation ein absolutes Tabuthema. Sie ist in den biografischen Unterlagen faktisch nicht existent. Nur in einem Kaderdokument für Keilhofers Aufnahme beim Dezernat D in Weimar gibt es mit den Formulierungen „evakuiert Barnauler Bezirk“ und „durch die NKWD freigestellt“ verklausulierte Hinweise auf die ausgeblendeten historischen Geschehnisse. KA MfS, Tabellarischer Lebenslauf o. D. (1948), Bl. 3. Zu den 1941 deportierten sudetendeutschen Emigranten dürften auch Gustav Tschapek, Rudolf Weber und Martin Weikert gehört haben.

49 KA KI, Charakteristik des Vorsitzenden des ZK der MOPR der Kirgisischen ASSR S. Wasiliew o. D., Bl. 29; MfS, Personalfragebogen 1956, Bl. 110.

50 KA KI, Schreiben des stellvertretenden Leiters der Kaderabteilung des EKKI, Konstantin Wilkow, an das ZK der MOPR vom 26. Juni 1942 und Attest vom 3. September 1942, Bl. 7/8, 30.

51 Ebd., Handschriftliche Notiz vom 9. März 1942 auf dem Schreiben von Kopecky an die Kaderabteilung des EKKI vom 28. Februar 1942, Bl. 9.

52 OdF Akte, Lebenslauf Marie Keilhofer o. D. (nach 1988).

53 KA KI, Charakteristik vom 25. August 1942, Bl. 28, OdF Akte, Lebenslauf Marie Keilhofer o. D. (nach 1988).

54 KA KI, Ärztliches Attest vom November 1942, Bl. 30.

Etwa im Sommer 1942 erhielten Keilhofer und Emil Zumpe, offensichtlich initiiert von sudetendeutschen oder tschechoslowakischen Funktionären aus dem EKKI-Apparat (Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale), das Angebot, nach Ufa zu kommen und im Wirtschafts- und Versorgungsbereich (Institut 301) als Schuhmacher zu arbeiten. Nachdem alle bürokratischen Schranken überwunden waren und die involvierten Instanzen die Begleitpapiere ausgestellt hatten, traten Keilhofer und Zumpe im Frühjahr 1943 die Fahrt nach Ufa an, wo sie am 18. März eintrafen und sich umgehend bei der Komintern meldeten.⁵⁵

Vor Ort hatte sich die Situation mittlerweile allerdings zu ihren Ungunsten verändert. Obwohl der stellvertretende Kaderchef des EKKI Konstantin Wilkow kurz zuvor noch sein Einverständnis für die Beschäftigung beider Genossen in der Schuhmacherwerkstatt des Instituts 301 gegeben hatte, hieß es am Monatsende plötzlich, dass dort keine Stellen mehr frei seien. Außerdem hätte man absolut keine Werkzeuge, und Arbeitsmaterial stehe auch nicht ausreichend zur Verfügung.⁵⁶ Ohne feste Arbeitsstelle und ohne eine Aufenthaltsgenehmigung der Miliz mussten Keilhofer und Zumpe Anfang April Ufa wieder verlassen und die Rückreise nach Frunse antreten.

Ob Keilhofer in „seiner“ alten Schuhfabrik wieder eingestellt wurde, konnte nicht eindeutig verifiziert werden. In einem späteren Lebenslauf schrieb er, dass er den Auftrag erhalten hätte, in Frunse eine „Schuhreparaturwerkstatt“ einzurichten, deren „Leiter ich bis 1944 war“.⁵⁷

Über das damalige Privatleben von Karl Keilhofer und Maria Abramenko geben die eingesehenen Archivadokumente gleichfalls sehr wenig Auskunft. Als Lebenspartner meisterten sie gemeinsam den von der Kriegssituation geprägten entbehrungsreichen Alltag im unterversorgten mittelasiatischen Hinterland. Im Januar 1943 freute sich das Paar über die Geburt des Sohnes Waleri. Im Juli 1944 kam die Tochter Gerda zur Welt.⁵⁸

Nach einem Jahr „Funkstille“ nahm im April 1944 die nunmehr wieder in Moskau ansässige KPTsch-Leitung erneut Kontakt zu Keilhofer und Zumpe auf. In seinem Brief teilte Rudolf Appelt den beiden Genossen mit, dass die Parteiführung vor kurzem ihre Übersiedlung nach Busuluk bei Orenburg beschlossen hätte.⁵⁹

In der Nähe von Busuluk befand sich in der Ortschaft „Schkolon“ seit 1942 das Rekrutierungslager des 1. Tschechoslowakischen Armeekorps⁶⁰. Dort begann die KPTsch-Spitze ein Jahr vor Kriegsende auch alle noch verfügbaren und einsatzfähigen slowakischen, sudetendeutschen und tschechischen Emigranten für die bevorstehende Tätigkeit im Heimatland zu konzentrieren.

Appelt versprach Keilhofer und Zumpe, dass sie in der kleinen ehemaligen Festungsstadt leichtere Lebensverhältnisse vorfinden würden. „Man kann Euch dort helfen mit Bekleidung und Arbeit werdet ihr auch finden.“ Abschließend forderte er die beiden Adressaten auf: „Schreibt uns, ob Ihr mit der Übersiedlung einverstanden seid.“⁶¹ Wann

55 Ebd., Fragebogen vom 20. März 1943, Bl. 15, Rückseite.

56 Ebd., Auskunft von Konstantin Wilkow an Leonid Baranow vom März 1943, Schreiben von Scharanow an Wilkow vom 26. März 1943, Bl. 11, 20.

57 Ebd., Tabellarischer Lebenslauf o. D. (1948), Lebenslauf vom 27. Oktober 1948, Bl. 3, 24.

58 KA MfS, Vorschlag zur Entlassung vom 29. November 1963, Bl. 183.

59 KA KI, Schreiben von R. Appelt vom 11. Mai 1944, Bl. 3.

60 Der vorwiegend aus Tschechen und Slowaken bestehende Kampfverband trug ab Juli 1942 die offizielle Bezeichnung „1. tschechoslowakisches selbständiges Bataillon in der UdSSR“ und kam ab 1943 im Bestand der 4. Ukrainischen Front zum Einsatz. Später wurde er in „1. tschechoslowakische selbständige Brigade in der UdSSR“ umbenannt.

61 Ebd., Schreiben von R. Appelt „an die Genossen Zumpe und Keilhofer“ vom 11. Mai 1944, Bl. 3.

genau Keilhofer und Zumpe, die geprägt durch ihre Abweisung in Ufa vermutlich nur zögerlich auf die erneute Einladung reagiert haben, ist nicht belegt.

Im Laufe des Jahres 1944 stieß die Rote Armee unaufhaltsam Richtung Westen vor und stand mit der Rückeroberung der Ukraine im Herbst vor den Bergpässen der Karpaten. Bereits im September 1944 brach der von der KPTsch initiierte Slowakische Nationalaufstand aus. Dadurch eröffnete sich auch für Karl Keilhofer eine reale Perspektive für die Rückkehr in sein Heimatland. Zu diesem Zeitpunkt waren bereits viele sudetendeutsche kommunistische Emigranten als Angehörige der Roten Armee, Partisanen, Instrukteure in Gefangenenlagern oder als Mitarbeiter am Sudetendeutschen Freiheitssender auf der Seite des Gastlandes mittel- oder unmittelbar in das Kriegsgeschehen involviert. Keilhofer traf nach der Darstellung in verschiedenen autobiografischen Personalpapieren mit seiner Familie schließlich Ende 1944 in Busuluk ein.⁶² Zu dieser Zeit kämpfte das 1. Tschechoslowakische Armeekorps an der Seite der Roten Armee schon in den Ostkarpaten. Im Januar 1945 bekam auch Keilhofer seinen Marschbefehl.⁶³ Im Anfang Februar 1945 befreiten slowakischen Poprad war er dann als Dolmetscher an der Befragung von Kriegsgefangenen beteiligt.⁶⁴ Er wird jedoch wegen seiner „Unkenntnis der tschechischen Sprache“ bald wieder von seiner Aufgabe entbunden und in die Sowjetunion zurückkommandiert. Kurz darauf heiratete Keilhofer in Busuluk seine Lebensgefährtin Marie Abramenko.⁶⁵

Anfang Juli 1945 reiste die gesamte Familie mit anderen Repatrianten in einem Rot-Kreuz-Transport der tschechoslowakischen Regierung nach Prag. Nicht überliefert ist, wie Keilhofer die seit April 1945 in seiner Heimat mit Lynchaktionen und Selbstjustiz exzessiv verlaufenden wilden Vertreibungsaktionen gegen seine deutschen Landsleute wahrgenommen und darauf reagiert hat. Zum Zeitpunkt seiner Ankunft hofften die sudetendeutschen Hitler-Gegner und Emigranten noch, am Wiederaufbau einer tschechoslowakischen Republik teilnehmen zu können. Bestärkt wurden sie darin durch das erste Programm der Regierung der Nationalen Front vom 5. April 1945 und andere offizielle Verlautbarungen, welche alle deutschen Antifaschisten, die vor und nach 1938 als solche aktiv in Erscheinung getreten waren, von einer zwangsweisen Umsiedlung ausnahmen und ihnen den Verbleib in der tschechoslowakische Staatsbürgerschaft bestätigten.⁶⁶

Diese Erklärungen bzw. formalen Regelungen trafen auch auf Karl Keilhofer zu. In Abstimmung mit den KPTsch-Instanzen in Prag kehrte er in das Sudetengebiet zurück, wo ihn und seine dreiköpfige Familie in Pihanken die seit 1944 verwitwete Mutter aufnahm.⁶⁷ Vom örtlichen Nationalausschuss erhielt Keilhofer eine sogenannte Antifa-Legitimation. Sie ermöglichte ihm unter anderem den Bezug von Lebensmittelkarten und war auch die Voraussetzung dafür, dass er in einer Schuhfabrik in Teplitz-Schönau, die kurz zuvor noch zur Firma „Bata“ gehört hatte, als Arbeiter angestellt wurde.

62 KA MfS, Tabellarischer Lebenslauf o. D. (1948), Lebenslauf vom 27. Oktober 1948, Lebenslauf vom 1. Februar 1950, Bl. 3, 24, 108.

63 Ebd., Charakteristik vom 2. Mai 1955, Bl. 81.

64 In Poprad lernte Keilhofer seine sudetendeutschen Landsleute und späteren „MfS-Kollegen“ Wilhelm Gaida und Martin Weikert kennen, die beide am slowakischen Nationalaufstand beteiligt waren. Ebd., Charakteristik vom 2. Mai 1955, Bl. 81; Wehner, Günter: Im Egerland und in der Tatra, in: Im Bunde mit dem Feind. Deutsche auf alliierter Seite, Herausgeber Stefan Doernberg. Berlin 1995, S. 56.

65 OdF Akte, Lebenslauf Marie Keilhofer o. D. (nach 1988).

66 Siehe ausführlich: van Hoorn: Heimat, S. 63 ff.

67 KA MfS, Lebenslauf vom 1. Februar 1950, Bl. 108.

Eigenen Angaben zufolge wirkte er in einem Antifa-Komitee mit.⁶⁸ Diese Gremien boten für Angehörige der verfeindeten deutschen Minderheit in der damaligen Tschechoslowakei die einzige legale Möglichkeit, sich politisch zu betätigen.

„*Shukow-Aussiedler*“ in Thüringen

Die KPTsch-Führung tolerierte und nutzte in der Nachkriegszeit die besonders unter der tschechischen Bevölkerung vorherrschende ausgeprägte antideutsche Stimmung aus machtpolitischen Intentionen aus. Dadurch entwickelte sich im Land eine Situation, in der auch die sudetendeutschen Kommunisten, Widerstandskämpfer und Hitler-Gegner nicht von massiven rechtlichen Diskriminierungen, Enteignungsmaßnahmen sowie von willkürlichen Internierungen, Verschleppung zur Zwangsarbeit und Vertreibungen verschont blieben. Unter dem Druck der permanenten Repressionen sahen die meisten von ihnen nur noch in der Auswanderung nach Deutschland eine reale Lebensperspektive.

Im September 1945 vereinbarten die obersten Parteigremien der KPD und der KPTsch eine organisierte Umsiedlung für diese Personengruppe. Kurz darauf bat Walter Ulbricht die SMAD-Führung um Zustimmung und um Unterstützung für das logistisch anspruchsvolle Transferprojekt.⁶⁹ Im Rahmen der sogenannten Shukow-Aktion wurden von Oktober 1945 bis Anfang November 1946 schließlich zwischen 46.000 und 50.000 deutschstämmige Personen in Eisenbahnwagons und Flussschiffen in die SBZ überführt.⁷⁰

Karl Keilhofer befand sich vermutlich in einem der Transporte, die im Oktober 1946 aus der Tschechoslowakei abgingen. Nach eigenen Angaben beteiligte er sich bis dahin beim zuständigen Antifa-Komitee an der Überprüfung und verbindlichen Registrierung der deutschen Antifa-Umsiedler. Ob er in diesem Kontext oder bezüglich anderer Fragen in der Tschechoslowakei „mit den Staatlichen Sicherheitsorganen zusammen[gearbeitete]“⁷¹ hat, wie er in einer späteren Niederschrift behauptete, ist sehr zweifelhaft.

Keilhofer ließ alle noch lebenden Mitglieder seiner Herkunftsfamilie im Sudetengebiet zurück. Die Mutter und die beiden verheirateten Schwestern wollten ihre angestammte Heimat nicht verlassen und hatten die Anerkennung als tschechoslowakische Staatsbürger beantragt.⁷² Mit seiner Ehefrau, die anscheinend zögerte, nach der Sowjetunion auch der Tschechoslowakei den Rücken zu kehren, vereinbarte er vermutlich, dass er die Lage in Deutschland zunächst sondiert und, falls sich die Situation vor Ort positiv darstellen sollte, sie dann mit Tochter und Sohn nachkommt.

Keilhofer verschlug es im Zuge der zentralen Verteilung der Vertriebenen und „freiwilligen“ Shukow-Umsiedler in der SBZ in das thüringische Gotha.⁷³ Dort meldete er sich umgehend bei der SED-Leitung, welche ihn mit dem Eintrittsdatum 1. Dezember 1946

68 Ebd., Lebenslauf vom 27. Oktober 1948, Eidesstattliche Erklärung vom 21. Dezember 1955, Bl. 26, 204.

69 Wille, Manfred (Hrsg.): Die Sudetendeutschen in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. Dokumente. Magdeburg 1993, S. 36/37. Siehe auch: Foitzik, Jan: Sowjetische Militäradministration (SMAD) 1945-1949. Struktur und Funktion. Berlin 1999, S. 410.

70 Zu den differierenden Zahlenangaben siehe z. B.: van Hoorn: Heimat, S. 71 ff.; Foitzik: Kadertransfer, S. 319.

71 KA MfS, Eidesstattliche Erklärung vom 21. Dezember 1955, Bl. 204.

72 Bruder Ernst, Angehöriger eines Strafbataillons der Wehrmacht, war seit 1944 an der Ostfront vermisst. Ebd., Lebenslauf vom 1. Februar 1950, Bl. 109.

73 Ebd., Lebenslauf vom 27. Oktober 1948, Bl. 24.

als Parteimitglied erfasste.⁷⁴ Noch im gleichen Monat wurde er auch als Opfer des Faschismus (OdF) registriert.⁷⁵ Dadurch hatte er auch Anspruch auf Kleiderhilfe, Wohnraum sowie auf andere Vergünstigungen und Unterstützungsmaßnahmen. So erhielt der mittellose Ankömmling unter anderem eine Reihe von Möbelstücke eines nach Westdeutschland geflüchteten NSDAP-Aktivisten zugeteilt.⁷⁶ Anfang 1947 traf dann auch Maria Keilhofer mit den Kindern in Gotha ein.⁷⁷

In der ersten Hälfte des gleichen Jahres nahm Karl Keilhofer eine Tätigkeit in der Gummiwarenfabrik und Hanfschlauchweberei der ehemaligen Firma Blödner & Vierschrodt auf, die nunmehr zur Sowjetischen Aktiengesellschaft „Resinotechnika“ gehörte.⁷⁸ Die Beschäftigung in dem SAG-Betrieb war allerdings nur eine vergleichsweise kurze Episode in seiner Erwerbsbiografie. Vermutlich von anderen „umgesiedelten“ sudetendeutschen Kommunisten aus seinem Wohnumfeld erfährt Keilhofer, dass die Thüringer Volkspolizei (VP) in Gotha zur „Auffüllung der Soll-Stärke“ dringend Mitarbeiter sucht.⁷⁹ Am 2. November 1948 reichte er auf dem Kreisamt seine Bewerbungsunterlagen ein. Als einen seiner Bürgen gab er im Fragebogen seinen Landsmann und alten Bekannten Franz Schkopik an, der zu dieser Zeit in der Personalabteilung des Landesvorstands Sachsen-Anhalt der SED wirkte.⁸⁰ Ungeachtet der attestierten kriegsbedingten Invalidität und anderer in der Sowjetunion aufgetretener Leiden, die seine Arbeitsfähigkeit immer wieder eingeschränkt hatten, stellte die verbindliche Gesundheits- und Tauglichkeitsuntersuchung für Keilhofer anscheinend keine besondere Hürde dar. Nach der Erledigung weiterer vorgeschriebener Formalitäten trat er am 13. Dezember bei der Abteilung Kriminalpolizei seinen Dienst an. In der Folgezeit durchlief der Polizeianwärter Keilhofer als Sachbearbeiter die Kripo-Dezernate 5 und 6 sowie den Bereich Fahndung. Nach der Probezeit legte er die obligatorische Eignungsprüfung ab und wurde am 13. April 1949 zum Wachtmeister ernannt.⁸¹ Die Dienstausbildung Keilhofers schätzte die Personalstelle des VP-Kreisamtes Gotha recht kritisch ein. In ihren Unterlagen vermerkte sie als zu beachtende Schwachpunkte: „bedarf noch intensiver Schulung [...] im Innendienst infolge schriftliche Mängel zufriedenstellend.“⁸² Unter Berücksichtigung seiner Fähigkeiten und Neigungen versetzte die Personalstelle den Berufsanfänger mit Wirkung vom 20. Juni 1949 zum Revierdienst bei der städtischen Schutzpolizei.⁸³

Ähnlich wie beim Eintritt in die VP spielten auch bei der Rekrutierung Keilhofers für die im Aufbau begriffene ostdeutsche Geheimpolizei seine bildungsbedingten Defizite und fachlichen Mängel eine untergeordnete Rolle. Als einer der wenigen Angehörigen

74 Ebd., Fragebogen vom 9. März 1950, Fragebogen vom 2. November 1948, Bl. 8, 23.

75 OdF Akte, Bescheinigung der SED Provinz Sachsen vom 18. Dezember 1946. Erst im April 1947 bekommt Keilhofer einen OdF-Ausweis als „Kämpfer“ ausgehändigt. KA MfS, Lebenslauf vom 27. Oktober, Bl. 22.

76 OdF Akte, Schreiben der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) vom 1. Juni 1950.

77 Ebd., Lebenslauf Marie Keilhofer o. D. (nach 1988).

78 KA MfS, Lebenslauf vom 27. Oktober 1948, Bl. 24. Als ausgeübte Tätigkeit vermerkt Keilhofer in seinen Kaderunterlagen „Arbeiter“. Nach 1950 verlegte er die Arbeitsaufnahme in Gotha auf das Jahr 1946. Ebd., Fragebogen vom 9. März 1950, Aktenvermerk vom 19. Dezember 1956, Bl. 10, 16.

79 Auf Anweisung der Sowjetischen Militäradministration wurde von Oktober bis Dezember 1948 der Personalbestand der Kripo in Thüringen von 985 auf 1 433 Angehörige aufgestockt. Herz, Andrea/Fiege, Wolfgang: Haft und politische Polizei in Thüringen 1945-1952. Zur Vorgeschichte der MfS-Haftanstalt Erfurt-Andreasstraße. Erfurt 2002, S. 210.

80 KA MfS, Fragebogen vom 2. November 1948, Bl. 23.

81 Ebd., Tabellarischer Lebenslauf o. D. (1949), Ernennungsurkunde April 1949, Bl. 3, 47.

82 Ebd., Charakteristik vom 14. September und 13. Oktober 1949, Bl. 73/74.

83 Ebd., Verfügung vom 14. Juni 1949, Bl. 50; Ebd., Personalbogen o. D. (1949), Bl. 104.

der Dezernate 5 der Kripo bestand er noch im ersten Halbjahr 1949 die geheime Kaderüberprüfung durch den sowjetischen Staatssicherheitsdienst MGB.⁸⁴ Ursächlich für seine Auswahl waren mutmaßlich sein Einsatz in Spanien und beim Tschechoslowakischen Armeekorps sowie seine aktiven Russischkenntnisse. Auch dieses Mal dürften wieder die positiven Charakteristiken der sudetendeutschen Genossen aus der gemeinsamen Emigrationszeit in der Sowjetunion zur Geltung gekommen sein.⁸⁵

Wahrscheinlich hatten Keilhofer die von deutschen Polizei- und sowjetischen MGB-Offizieren in der thüringischen Landeshauptstadt Weimar getroffenen kaderpolitischen Entscheidungen bezüglich seiner Person sehr überrascht. Gerade war er in das 2. Revier der Schutzpolizei versetzt worden und begann sich dort einzugewöhnen. Etwa andert-halb Monate zuvor hatte die Familie in Gotha zudem eine neue Wohnung bezogen. Nun stand für Keilhofer, der in seinem bisherigen Leben immer wieder mit abrupten, schick-salhaften und fremdbestimmten Entscheidungssituationen konfrontiert war, in kürzester Zeit ein weiterer Arbeitsplatz- sowie mit seiner Familie auch ein Wohnortswechsel bevor. Unabhängig davon war er wohl von der Auswahl für die ostdeutsche Geheimpolizei, die auch auf sein Selbstbewusstsein ausgestrahlt haben dürfte, persönlich sehr angetan. Er sah darin vermutlich eine Bestätigung und Wertschätzung seiner bisherigen politischen Vita.

Anfang September 1949 meldet sich VP-Wachtmeister Karl Keilhofer bei seinen neuen Dienstherrn in Weimar. Am 5. September wird er durch den ehemaligen SU-Emigranten und nunmehrigen stellvertretenden Leiter des neu gebildeten Kripo-Dezernats D in Thüringen Rudolf Gutsche für seine zukünftige klandestine Tätigkeit in schriftlicher Form eidesstattlich verpflichtet.⁸⁶

Nach der Gründung der DDR am 7. Oktober 1949 bezogen die Kader des Thüringer Dezernats D den von der sowjetischen Besatzungsmacht zum Teil geräumten Gebäudekomplex in der Weimarer Kurthstraße 11. Teile des Objekts belegten zudem ihre Kollegen von der gleichfalls im Aufbau begriffenen VP-Abteilung zum Schutz der Volkswirtschaft. Zu diesen gehörte auch der für einen Leitungsposten vorgesehene Landsmann Keilhofers Wilhelm Gaida. Beide VP-Arbeitsbereiche in der Kurthstraße bildeten den Nukleus für die Anfang Februar 1950 gebildete Landesverwaltung Thüringen des MfS. Karl Keilhofer wurde in der Kurthstraße 11 als Hauskommandant eingesetzt. In dieser Funktion musste er auch in Nachtzeiten und am Wochenende vor Ort und einsatzbereit sein. Aus diesem Grund bekam er in der Landeszentrale des Staatssicherheitsdienstes eine Dienstwohnung zugeteilt.⁸⁷ Ob er sich auf dem Posten eines Objektkommandanten bewährt und die anfallenden Tätigkeiten zur Zufriedenheit seiner Vorgesetzten bewältigt hat, geht aus den überlieferten Quellen nicht hervor. Gleichfalls ist nicht mehr nachvollziehbar, warum er ein Jahr später im Februar 1951 in die Berliner MfS-Zentrale zur Abteilung IX (Untersuchung) versetzt wurde.

Lagerleiter in Berlin-Hohenschönhausen

84 Von den überprüften Mitarbeitern der K 5 wurden nur etwa zehn Prozent in das spätere MfS übernommen. Gieseke, Jens: Mielke-Konzer. Die Geschichte der Stasi 1945-1990. Stuttgart/München 2001, S. 43

85 Dazu gehörten Franz Schkopik, Wilhelm Gaida, Martin Weikert. Wie später entstandene Kaderunterlagen belegen, bezeugten sie, dass Keilhofer in der Sowjetunion und ab 1946 in der SBZ „Aufträge der Freunde und der Partei“ durchgeführt hätte. KA MfS, Eidesstattliche Erklärung vom 21. Dezember 1955, Bl. 204.

86 Ebd., Eidesstattliche Verpflichtung vom 5. September 1949, Bl. 6.

87 Ebd., Charakteristik vom 2. Mai 1955, Fragebogen vom 9. März 1950, Bl. 81, 7.

Im März 1951 übernahm die zentrale Untersuchungsabteilung des MfS von der sowjetischen Geheimpolizei MGB das von Häftlingen als „U-Boot“ bezeichnete Kellergesängnis in Berlin-Hohenschönhausen. Auf dem Nachbargrundstück begann der Staatssicherheitsdienst mit der Einrichtung eines Haftarbeitslagers (HAL). Dorthin überstellte Häftlinge sollten die umfangreiche Bauvorhaben der MfS-Zentrale, wie zum Beispiel Dienst- und Freizeitobjekte, Gefängnisse und Wohnungen, realisieren sowie den stetig wachsenden Fuhrpark der Geheimpolizei und der ostdeutschen Regierung technisch betreuen.⁸⁸

Als Leiter und Verantwortlicher für den Aufbau dieser geheimen Strafvollzugseinrichtung mit der internen Bezeichnung „Kommando X“ wurde Ende Februar 1951 Karl Keilhofer eingesetzt.⁸⁹ Offensichtlich gingen seine Stasi-Vorgesetzten bei dieser Kaderentscheidung davon aus, dass der stets einsatzwillige und mit gewissen organisatorischen Talenten ausgestattete Oberkommissar⁹⁰ den anstehenden komplexen Dienstforderungen gewachsen sei und er sich im neuen Tätigkeitsbereich bewähren würde.

Das Gelände des zukünftigen HAL an der Genslerstraße 69–72 hatten sowjetische MWD-Strukturen bereits im Frühjahr 1950 verlassen. Die geräumten Gebäude befanden sich nach monatelangem Leerstand und durch Plünderung in einem stark verwahrlosten, teilweise nicht mehr nutzbaren Zustand.

Die anstehenden Aufräum-, Instandsetzungs- und Reparaturarbeiten nahm Keilhofer mit einer Häftlingsgruppe aus dem Zuchthaus Waldheim in Angriff. Der kleine Trupp war zunächst in einem provisorisch hergerichteten ehemaligen Industriegebäude an der Ecke Genslerstraße/Freienwalder Straße untergebracht. Er setzte sich aus Gefangenen zusammen, die praktische Berufserfahrungen als Maurer, Elektriker oder Schlosser hatten und zumeist von sowjetischen Militärtribunalen (SMT) zu langjährigen Freiheitsstrafen verurteilt worden waren. Im November 1951 traf aus der sächsischen Strafanstalt ein weiterer Häftlingstransport im Sperrgebiet an der Genslerstraße ein.⁹¹

Mit der wachsenden Zahl der zu beaufsichtigenden Sträflinge sowie der im MfS-Sperrgebiet zu sanierenden und einzurichtenden Objekte wuchs das täglich zu bewältigende und sich zudem immer komplexer gestaltende Arbeitspensum für Keilhofer enorm an. In den folgenden Wochen rief die Dienstausbildung des anscheinend überforderten Polizeirats und seine ausgeprägte Arroganz gegenüber Mitarbeitern und Vorgesetzten immer wieder Kritik hervor. Eine von der Hauptabteilung Personal (HA P) Anfang Februar 1952 in Erwägung gezogene Versetzung Keilhofers in die Archivabteilung des MfS fand jedoch nicht statt.⁹² Ob eine Aussprache auf der Parteiebene bzw. ein Kaderegespräch mit dem Versprechen auf Besserung oder die Fürsprache seiner sudetendeutschen Freunde im Ministerium seine Ablösung als Leiter des Kommandos X verhindert haben, ist nicht überliefert.

Einen Monat später wurde er mit den anderen Haftvollzugstätigkeiten ausführenden Mitarbeitern der Abteilung IX in die neu gebildete Abteilung XIV (Untersuchungshaft- und Strafvollzug) übernommen und dem Kommandeur Paul Rumpelt unterstellt. Bei

88 Zum HAL, welches in der Literatur zumeist als Lager X bezeichnet wird, siehe: Erler, Peter: „Lager X“. Das geheime Haftarbeitslager des MfS in Berlin Hohenschönhausen (1952-1974). Fakten - Dokumente - Personen. Mit einem ausführlichen Vorwort von Hans-Eberhard Zahn. (Arbeitspapiere des Forschungsverbundes SED-Staat Nr. 25/1997). Berlin 1997.

89 KA MfS, Aktenvermerk vom 19. Dezember 1956, Bl. 16.

90 Seit 1. Mai 1951 trägt Keilhofer den Dienstgrad Polizeirat. MfS HA KuSch 1065, Bl. 28.

91 Engelke, Hans: Erinnerungen an eine furchtbare, schwere Zeit vom 12. Januar 1947 bis 12. Juli 1954. 7 1/2 Jahre in den Todeslagern stalinistischer und kommunistischer Gewalt der GPU (NKWD) und SED. 2. überarbeitete Aufl. Stuttgart/Botnang 1996. (privat vervielfältigtes Manuskript), S. 41.

92 KA MfS, Aktenvermerk der Hauptabteilung Personal vom 9. Februar 1952, Bl. 137.

Rumpelt handelte es sich ausgerechnet um jenen MfS-Offizier, der ihn noch vor einigen Wochen loswerden wollte und seinen Austausch gegen einen anderen Kader bei der HA P beantragt hatte.⁹³

Im August/September 1952 unternahm Keilhofer eine Dienstreise nach Bautzen, um dort unter den SMT-Verurteilten des Zuchthauses weitere Arbeitskräfte für das HAL zu rekrutieren. Mit den von der Anstaltsverwaltung etwa 40 vorab ausgewählten Häftlingen führte er bis in die Abendstunden hinein ausführliche „Eignungsgespräche“. Dabei erkundigte er sich nach ihrer sozialen Herkunft, den Haftgründen und auch nach ihren Erfahrungen mit den sowjetischen Untersuchungsorganen. Darüber hinaus interessierte Keilhofer die aktuelle Haftsituation im „Gelben Elend“.⁹⁴

Zu einem der vorrangigsten Bauprojekte im MfS-Sperrgebiet an der Genslerstraße gehörte die Umfassung des weitläufigen Haftareals mit einer drei Meter hohen, mit Stacheldraht bewährten Mauer aus vorgefertigten Zementblöcken.⁹⁵ Parallel zu diesem Prioritätsvorhaben arbeiteten die Gefangenen an der Errichtung eines für sie vorgesehenen zweigeschossigen Unterkunftsgebäudes mit Schlafräumen, Sanitäranlagen, einer Küche, einer Wäscherei und einem Kino- bzw. Vortragsaal.

Offenbar gelang es Keilhofer im Laufe des Jahres 1952 im Dienst wieder Schritt zu fassen. Die Fortschritte beim Aufbau des HAL an der Genslerstraße 69–72 waren im großen Maße seinem persönlichen Engagement sowie teilweise auch der Verbesserung seines Arbeits- und Leitungsstils zu verdanken. So sei er bemüht gewesen, „in kollektiver Zusammenarbeit mit der Abteilungsleitung und den Parteifunktionären vorhandene Schwierigkeiten zu beheben.“ Weiter meinte sein Vorgesetzter Rumpelt in der Begründung für eine Prämie in Höhe von 500 DM, dass Keilhofer in seinem Dienstbereich „erheblich“ dazu beigetragen hätte, „die Disziplin und die gesamte Dienstauführung zu verbessern.“⁹⁶ Knapp zwei Monate später hieß es dagegen in einem Beförderungsvorschlag wieder einschränkend, dass „seine fachlichen sowie politischen Leistungen [...] zufriedenstellend“ seien und er nur wenig Engagement bei der eigenen Qualifizierung zeige und diesbezüglich noch „weiterer Anleitung“ bedürfe.⁹⁷

Im Gegensatz zu den mehr oder weniger durch Spannungen und Zwistigkeiten belasteten dienstlichen Beziehungen zu verschiedenen Mitarbeitern und Vorgesetzten der Abteilung XIV entwickelte der Haftanstaltsleiter Keilhofer zu Angehörigen des Kommandos X ein ungewöhnlich empathisches Verhältnis. Durch die ausführliche Kenntnis ihrer Repressionsbiografien sah er scheinbar in vielen von ihnen nur bedingt die gefährlichen politischen Straftäter, deren Untaten durch harte Zwangsarbeit und durch einen von vielen Verboten reglementierten Haftalltag gesühnt werden mussten. Das würde auch erklären, warum die wenigen von Keilhofer erstellten Dienstanweisungen und Wachvorschriften keinen ausgeprägten restriktiven Charakter hatten und darüber hinaus sehr großzügig interpretiert wurden. So erinnert sich ein Zeitzeuge, dass die aufsichtführenden MfS-Männer 1952 „zurückhaltend und unauffällig“ agierten. „Ein Gespräch mit ihnen war jederzeit möglich.“⁹⁸ Teilweise erlaubten sie den Kommandoangehörigen, eigenständig mit Schlüsseln zu hantieren. Zum Zählappell am Tagesende mussten die Häftlinge nicht extra antreten. Die abendlichen Anwesenheitskontrollen führten die Wärter

93 Ebd.

94 Notiz über ein Gespräch mit W. Höbold vom 31. Mai 1997, Archiv des Autors (AA); Erinnerungsmanuskript von H. Heimbach (1998), ebd.

95 BstU, MfS Abt. XIV 1164, Verteidigungsplan vom 15. Juni 1954, Bl. 12; Brief vom 26. Januar 2003, in: Vorgang H. Engelke, Zeitzeugenarchiv Gedenkstätte Hohenschönhausen (ZGH).

96 KA MfS, Schreiben von Paul Rumpelt vom 15. Sep. 1952 an Inspektor Wichert, HA P, Bl. 76.

97 Ebd., Attestationsblatt vom 10. November 1952, Bl. 72.

98 Erinnerungsmanuskript von H. Heimbach (1998), AA.

in den Schlafräumen durch. Nächtliche Inspektionen der Postenbereiche durch Vorgesetzte waren eine große Seltenheit.⁹⁹ Am Sonntag stattfindende freiwillige Sonderschichten auf dem nahe gelegenen Güterbahnhof kamen sogar oft völlig ohne Bewachung aus. Keilhofer soll den Beteiligten lediglich das Versprechen abgenommen haben, nicht zu fliehen. Prinzipiell hielt er auch das Anbringen von zusätzlichen Sicherungsvorrichtungen, wie Fenstergitter, am neuen Unterkunftsgebäude für unnötig. Nach seiner Ansicht war die übermannshohe Umfassungsmauer als Sicherungsmaßnahme ausreichend.¹⁰⁰

Keilhofer suchte darüber hinaus den direkten persönlichen Kontakt zu den Häftlingen. Zum Feierabend begab er sich in ihre Aufenthalts- und Schlafräume und unterhielt sich mit ihnen. Dort spielte der Lagerleiter, der allerdings seinen Namen nicht preisgab und unter den Strafgefangenen nur als „Rat“ bekannt war, oft auch Billard und Schach.¹⁰¹ Der eigenwillige, stark distanzreduzierte Umgang Keilhofers mit den ihm anvertrauten Häftlingen ging so weit, dass er im Fall von Wilfried Höbold sogar dessen arg zerlöscherte Socken mit nach Hause nahm und sie von seiner Frau stopfen ließ.¹⁰²

Für den Chef einer Strafvollzugseinrichtung, gleich in welchem politischen System, ist ein solches Verhalten regelwidrig und unprofessionell. Letztlich war es nur eine Frage der Zeit, bis Häftlinge des Kommandos X die Schwächen des Anstaltsleiters und die nachlässige Dienstausbübung des Wachpersonals nutzen würden, um aus dem Stasi-Gewahrsam in Berlin-Hohenschönhausen zu entweichen.

Am 12. November 1952 unterließ es die dritte Wachschicht, einen Postenabschnitt im Bereich der provisorischen Gefangenenunterkunft zu besetzen, den sie für ausreichend gesichert hielt. Drei Häftlinge, die schon länger auf einen solchen günstigen Moment gewartet und sich entsprechend vorbereitet hatten, ergriffen die einmalige Gelegenheit beim Schopfe und flüchteten durch eine beschädigte Mauer in einem angrenzenden Gebäude in Richtung West-Berlin.¹⁰³ Ihr erfolgreicher Ausbruch wurde noch in der Nacht bemerkt. Daraufhin weckte die Wachmannschaft das reduzierte Kommando X und trieb es auf den Hof. Dort mussten die mäßig bekleideten Männer bei sehr kaltem Herbstwetter einen lang andauernden, von viel Geschrei begleiteten und hektisch verlaufenden Überprüfungsappell über sich ergehen lassen. Aber auch in dieser angespannten Situation war Keilhofer um „seine“ Häftlinge besorgt. Als es in den frühen Morgenstunden des 13. November auch noch anfang zu schneien, befahl er, Decken zu bringen und hängte diese persönlich den Strafgefangenen um.¹⁰⁴

Welche konkreten Maßnahmen das MfS ergriffen hat, um weitere Fluchtaktionen zu unterbinden, ist nicht bekannt. Nach den Erinnerungen ehemaliger Kommandoangehöriger wurde nach den Ereignissen vom 12. November lediglich die Bewachung „intensiviert“ und die Fertigstellung des eigentlichen Lagerkomplexes „verstärkt betrieben“.¹⁰⁵ Weiterhin strich das MfS eine Reihe von bis dahin gewährten Freizügigkeiten und Ver-

99 KA MfS, Verantwortliche Vernehmung vom 27. November 1952, Bl. 198.

100 Notiz über ein Gespräch mit W. Höbold vom 31. Mai 1997, AA.

101 Ebd., Kaderakte, Verantwortliche Vernehmung vom 27. November 1952, Bl. 198.

102 Notiz über ein Gespräch mit W. Höbold vom 31. Mai 1997, AA.

103 Erinnerungsmanuskript von H. Heimbach (1998), AA; Archiv der sozialen Demokratie, Bestand Ostbüro, 0418, 27/I, ohne Paginierung.

104 Notiz über ein Gespräch mit W. Höbold vom 31. Mai 1997, AA; Bericht von 1954, in: Vorgang W. Sauerzweig, ZGH, S. 115.

105 Erinnerungsmanuskript von H. Heimbach (1998), AA.

günstigungen im Freizeitbereich. Zu diesen Sanktionsmaßnahmen gehörte beispielsweise, dass die bis dahin tolerierten Musikinstrumente – teilweise hatten Häftlinge diese im Lager selbst angefertigt – eingezogen wurden.¹⁰⁶

Karl Keilhofer musste sich erst nach vierzehn Tagen einer „Verantwortlichen Vernehmung“ durch Offiziere der HA P stellen. Im Laufe der Befragung am 27. November 1952 wurde jedoch bald klar, dass der Lagerleiter nicht der ideale Sündenbock und alleinige Hauptverantwortliche für die Flucht der drei Häftlinge war, wie man nach den durchgeführten internen Ermittlungen erwartet hatte. So trug er keine Schuld daran, dass nach über zweijährigem Bestehen der Strafvollzugsanstalt des MfS für diese immer noch keine detaillierte „Wachdienstordnung“ einer übergeordneten Dienststelle vorlag. Eine von ihm 1951 bereits entworfene Dienstvorschrift hatte Abteilungsleiter Rumpelt weder zur Kenntnis genommen noch vorschriftsgemäß abgezeichnet. Vom Auftrag, sich um die Erstellung einer „ordentliche[n] Haftanstaltsordnung“ zu kümmern bzw. eine solche selbst auszuarbeiten, nahm Keilhofer wieder Abstand, als er von seinen Ex-Kollegen Rudolf Gutsche und Wilhelm Enke aus der Zeit in Weimar, die beide mittlerweile zu Abteilungsleitern im MfS aufgestiegen waren, sowie auch von seinem Abteilungsleiter Rumpelt erfahren hatte, dass ein solches normatives Dokument bereits „in Bearbeitung ... [sei] und nur noch vom Gen. Minister“ unterschrieben werden müsse.¹⁰⁷

Auch aus den engen Kontakten zu den Angehörigen des Kommandos X konnte ihm kein Strick gedreht werden. Den erstaunten „Vernehmern“ der HA Personal erläuterte Keilhofer, dass über seine Freizeitaktivitäten mit den Häftlingen, wie Billard- und Schachspielen, nicht nur Paul Rumpelt, sondern auch dessen 1. Stellvertreter Gerhard Kappler unterrichtet war. Beide hätten sein Verhalten toleriert und keine Einwände erhoben.

Letztendlich hatte der dreifache Gefangenenaustrich für den Lagerleiter Keilhofer nur eine vergleichsweise geringe Sanktionierung zur Folge. Zu den Disziplinarmaßnahmen gehörte die Zurückstellung der von Rumpelt bereits am 11. November 1952 befürworteten Beförderung zum Hauptmann.¹⁰⁸ Weiterhin erteilte die HA Personal am 16. Dezember 1952 einen „strengen Verweis“. Zur Begründung gab die Kaderinstanz an, Keilhofer hätte „als Leiter einer Strafvollzugsanstalt nicht für die erforderliche Wachsamkeit und Disziplin in den Wachkommandos Sorge getragen“, wodurch „untragbare Zustände unter den Wachmannschaften eingetreten“ seien.¹⁰⁹ Ob bei den verschiedenen stattgefundenen Kadergesprächen vom Lagerchef auch eine stärkere Distanz zu den ihm anvertrauten Häftlingen eingefordert wurde, kann vermutet, aufgrund der aktuellen Quellenlage aber nicht belegt werden.

Etwa Ende November 1952 erfolgte der Umzug des Häftlingskommandos aus dem Provisorium Ecke Genslerstraße/Freienwalder Straße in die noch nicht ganz fertiggestellte neue Unterkunft innerhalb des ummauerten Areals an der Genslerstraße 69–72. Auch nach dem Quartierwechsel hielt der gemäßregelte Keilhofer an seinem mehr als liberalen Umgang mit den Insassen des HAL fest. So gab er zur Vorbereitung des bevorstehenden Weihnachtsfestes die erst kürzlich weggesperrten Musikinstrumente wieder frei. Für eine kleine Feier im Speisesaal des Lagers ordnete er außerdem die Bereitstellung von Sonderverpflegung und von weißen Laken als Ersatz für Tischdecken an. Den

106 Ebd., Notiz über ein Gespräch mit W. Höbold vom 31. Mai 1997, AA.

107 KA MfS, Verantwortliche Vernehmung vom 27. November 1952, Bl. 196/97.

108 Ebd., Attestationsblatt vom 10. November 1952, Bl. 72.

109 Den Verweis unterschrieb Keilhofer erst am 6. Januar 1953. Ebd., Straftenor vom 16. Dez. 1952, Bl. 138.

Abend des 24. Dezember 1952 verbrachte Keilhofer dann gemeinsam mit seiner Ehefrau an der Seite der zumeist politischen Häftlinge.¹¹⁰

Anfang 1953 spitzt sich der Monate lang schwelende Konflikt zwischen Keilhofer und den anderen verantwortlichen Offizieren im Bereich Strafvollzug der Abteilung XIV erneut zu. Diese kritisierten insbesondere seine Unfähigkeit zur kollegialen Zusammenarbeit, sein „überhebliches Wesen“ und dass er meinte, „auf Grund seiner politischen Vergangenheit und Tätigkeit eine Sonderstellung einnehmen zu können.“ Massive Vorwürfe betrafen auch seine seltene Teilnahme am Parteilehrjahr und seine Ignoranz gegenüber der allgemeinen politischen Arbeit. Ausschlaggebend war jedoch, dass Keilhofer nach Einschätzung seiner MfS-Kollegen „in seinem ganzen Dienstgeschehen sehr nachlässig geworden [war] und [...] für nichts mehr Interesse [zeigte].“ In einem Gespräch mit dem gleichrangigen Oberleutnant Ludwig Hartmann und Leutnant Fritz Krusch äußerte Keilhofer resigniert: „Sie sollen mich hier wegnehmen, mir hängt’s zum Halse raus.“¹¹¹

Die für beide Seiten unhaltbare Situation schilderte Hartmann am 27. März 1953 in einem Bericht, der an den gemeinsamen Abteilungschef adressiert war. Rumpelt leitete das Schreiben an die Leitung des MfS weiter und bat vermutlich um die baldige Klärung des drängenden Personalproblems. Kurz darauf notierte der für Kaderangelegenheiten zuständige Staatssekretär Erich Mielke auf dem obersten Rand des Hartmann-Berichts: „zur sofortigen Erledigung[.] Keilhofer in andere Arbeit einweisen. Mi.“¹¹²

Intendanturchef der Abteilung VIII

Ungeachtet Keilhofers großer Bildungslücken, diverser Eigenwilligkeiten und massiver Unterordnungsdefizite konnte der Staatssicherheitsdienst in seiner Aufbauphase nicht auf solche linientreuen und ohne Rücksicht auf ihren Gesundheitszustand permanent einsatzbereiten Altkader wie ihn verzichten. Berücksichtigt wurden zudem seine bisherigen Verdienste im internationalen Klassenkampf und scheinbar auch eine vermutete Protektion durch sowjetische Dienststellen. Eine gewisse Rolle bei der Regelung seines weiteren Einsatzes hat sicherlich auch die erneute Fürsprache seines Kumpels Rudolph Gutsche gespielt. Am 11. April 1953 wurde Keilhofer schließlich in die von Gutsche geleitete Abteilung VIII des MfS versetzt.¹¹³

Diese schlagkräftige, auch im „feindlichen Operationsgebiet“ mit klassischen geheimdienstlichen Methoden agierende Spezialabteilung war unter anderem für Beobachtungen, Festnahmen und Durchsuchungen zuständig und gehörte strukturell zum Verantwortungsbereich des Stellvertretenden Staatssicherheitsministers Martin Weikert, der, wie bereits erwähnt, gleichfalls ein sudetendeutscher Vertrauter Keilhofers war.¹¹⁴

In der noch kleinen, im Februar 1953 aus 79 hauptamtlichen MfS-Angehörigen bestehenden Abteilung VIII, deren späterer Hauptstandort sich in der Nähe des sowjetischen Sperrgebiets in Berlin-Karlshorst befand, sollte Keilhofer den weiteren Aufbau der In-

110 Notiz über ein Gespräch mit W. Höbold vom 31. Mai 1997, AA. Im Gedächtnis blieb den Häftlingen auch, dass sie an den Weihnachtsfeiertagen und zum Jahreswechsel nicht arbeiten mussten. Engelke: *Erinnerungen*, S. 46.

111 KA MfS, Beurteilung vom 27. März 1953, Bl. 75.

112 Ebd., Handschriftliche Notiz vom Mielke auf der Beurteilung vom 27. März 1953, Bl. 75.

113 Ebd., Weitere handschriftliche Notiz auf der Beurteilung vom 27. März 1953, Bl. 75.

114 Schmole, Angela unter Mitarbeit von Tilmann Peters: *Hauptabteilung VIII: Beobachtung, Ermittlung, Durchsuchung, Festnahme (MfS-Handbuch)*. Hrsg. BStU. Berlin 2011; Wiedmann, Roland: *Die Diensteinheiten des MfS 1950–1989. Eine organisatorische Übersicht (MfS-Handbuch)*. Hrsg. BStU. Berlin 2012, S. 66/67.

tendantur übernehmen. Diese Dienst Einheit war für die Beschaffung, Lagerung und Bereitstellung der im wachsenden Maße benötigten Ausrüstungsgegenstände, Materialien und Spezialtechnik zuständig.¹¹⁵

Der Sonderling Keilhofer arbeitete sich „erstaunlich gut“ in sein neues Aufgabengebiet ein. Dabei kam ihm entgegen, dass er bei seiner Tätigkeitsaufnahme der einzige Mitarbeiter und zugleich auch der Leiter der Intendantur war. Durch diese Konstellation konnte er seine dienstlichen Obliegenheiten relativ selbstständig und eigenverantwortlich organisieren.

In verschiedenen Kadercharakteristiken aus dieser Zeit wurde ihm „Eigeninitiative“ und eine „taktisch überlegene Arbeitsweise“ bescheinigt. Diese lobenden Aussagen bezogen sich speziell auf diverse Einkäufe, bei denen er „tausende Mark“ einsparen konnte, und die Beschaffung von konspirativen Wohnungen sowie den Auf- und Umbau von „U-Basen“. Insgesamt verwaltete Keilhofer „ein Gesamtkapital von 1,6 Mill. DM“. Kritische Bemerkungen in den Beurteilungen betrafen seine nach wie vor mäßige Beteiligung am Parteilehrjahr, seine „Impulsivität“ und die von ihm gezeigte Distanz gegenüber dem „Rat seiner Vorgesetzten“.¹¹⁶

Zum „Republikgeburtstag“ 1954 erfolgte schließlich seine bereits Ende 1952 vorgesehene Beförderung zum Hauptmann. Etwa zur gleichen Zeit kam auch in die Laufbahnstellung Keilhofers Bewegung. Im Mai 1954 wurde er von der SfS-Kaderabteilung (Staatssekretariat für Staatssicherheit) als Hauptsachbearbeiter eingestuft. Ein Jahr später stieg er zum stellvertretenden Referatsleiter auf.¹¹⁷ Damit nicht genug. Kurze Zeit später revidierte Abteilungsleiter Gutsche die Entscheidung der Attestierungskommission und setzte ihn rückwirkend zum 1. Juli 1955 als Referatsleiter Intendantur ein.¹¹⁸

Überaus positiv verlief für ihn gleichfalls die Bearbeitung seines Antrags auf Festsetzung des Dienalters vom Dezember 1955. Ausschlaggebend war wieder das landsmannschaftliche Beziehungsgeflecht der Sudetendeutschen in der Stasi. In diesem Fall bezeugten die Offiziere Wilhelm Gaida, Alfred Pompe, Franz Schkopik und Martin Weikert, dass Keilhofer von 1939 bis 1945 teilweise legendiert „im Auftrag der Partei und der Sicherheitsorgane der SU“ tätig gewesen war.¹¹⁹ Mit dem Ausbau der gesamten Linie VIII des SfS in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre entwickelten sich das Aufgabenspektrum und parallel dazu der Personalbestand der Intendantur. Damit wuchsen erneut die fachlichen Anforderungen an deren Leiter, der neben seiner Tätigkeit in Berlin nun auch Inspektionen in allen Bezirksverwaltungen vornehmen musste. Den progressierenden dienstlichen Belastungen sowie der Verantwortung und Vorbildsrolle als Referatschef war Keilhofer jedoch nur bedingt gewachsen, und insbesondere auch sein geschwächter Körper reagierte auf diese permanente Stresssituation. 1955 musste er wegen akuter Magenbeschwerden in das Krankenhaus der Volkspolizei in der Scharnhorststraße zur stationären Behandlung eingewiesen werden.¹²⁰

115 Der genaue Standort der Intendantur konnte nicht ermittelt werden. Nach der Verkleinerung des sowjetischen Sperrgebiets in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre etablierte sich der zentrale Dienstkomplex der Abteilung VIII im Bereich der Köpenicker Alle 139 bis 152.

116 KA MfS, Beurteilung vom 14. September 1954, Bl. 77.

117 Ebd., Beurteilung vom 14. September 1954, Dienststellen-Attestationsblatt für 1955, Schlußfolgerungen der Attestierungs-Kommission vom 12. Mai 1955. Bl. 77, 79, 83.

118 Gutsche meinte sogar, dass Keilhofer für die operative Arbeit, insbesondere „für Festnahmen sehr geeignet“ sei. Ebd., Vermerk R. Gutsche auf der Entwicklungskarteikarte vom 19. Mai 1954, Bl. 162.

119 Unter zusätzlicher Berücksichtigung des Einsatzes in Spanien 1938 und der Aktivitäten in der Tschechoslowakei 1946 wurden Keilhofer insgesamt acht weitere Jahre auf sein Dienalter bei den „bewaffneten Organen der DDR“ angerechnet. Ebd., Antrag zur Festsetzung des Dienalters und Eidesstattliche Erklärung vom 21. Dezember 1955, Bl. 151/152, 202–204.

120 Weitere stationäre Einlieferungen wegen des Magenproblems erfolgten bis 1963 fast jährlich.

Nicht überliefert ist dagegen, wie tiefgreifend ihn im Jahr darauf die Rede Nikita Chruschtschows am Ende des XX. Parteitages der KPdSU erschüttert hat. Ernsthaftige „politische Bauchschmerzen“ dürften die Enthüllungen über Stalins Verbrechen bei dem ehemaligen „SU-Emigranten“ jedoch nicht hervorgerufen haben.¹²¹ Durch die zunehmenden beruflichen Verpflichtungen hatte Keilhofer auch weniger Zeit für seine Familie. Die Betreuung und Erziehung der beiden Kinder oblag hauptsächlich seiner Ehefrau. Der zwölfjährige Sohn Waleri war mittlerweile in einem Alter, in dem er nicht mehr über alle Freizeitaktivitäten mit seinen Spielgefährten zu Haus berichtete. Im Frühjahr 1955 gehörte er zu einer Gruppe von Jungen aus dem Sperrgebiet Hohenschönhausen, die mehrmals nach West-Berlin fuhr und sich dort Zündplättchen-Pistolen kaufte. Bald waren die streng verbotenen Grenzgänge der Kinder im Stasi-Wohngebiet ein offenes Geheimnis, und die Väter wurden von ihren SED-Gruppen und Abteilungsleitern aufgefordert, sich zum Verhalten ihrer Söhne zu äußern. In einer schriftlichen Stellungnahme bedauerte Karl Keilhofer den Vorfall „außerordentlich“ und versprach, dass „sich [dieser] wohl in Zukunft nicht wiederholen wird.“ Bezüglich der ergriffenen Maßnahmen schrieb er weiter: „Ich habe meinen Sohn Valerij eindringlich auf die Gefahr und die Verwerflichkeit seines Handelns hingewiesen und habe ihn deshalb auch gestraft. Desweiteren habe ich ihm angedroht, daß er bei einer Wiederholung von mir in eine Erziehungsanstalt gebracht wird.“¹²²

Für Abteilungsleiter Gutsche schien der Zwischenfall eher von geringfügiger Bedeutung gewesen zu sein. Er bat die Hauptabteilung Kader und Schulung (HA KuS), die „Erklärung“ Keilhofers in dessen Personalakte abzulegen und die Angelegenheit „außerdem als erledigt zu betrachten“.¹²³

Ein seit 1956 geplanter Wohnraumwechsel brachte für Keilhofer eine Verbesserung der persönlichen Lebenssituation und Erleichterungen im „Berufsalltag“. Am 31. Januar 1957 zog er mit seiner Familie aus der Lichtenauer Straße 12 in Berlin-Hohenschönhausen in die Rheingoldstraße 37 im Stadtteil Karlshorst um. Damit entfiel unter anderem die bisherige längere Anfahrt zur Dienststelle, die er nun bequem zu Fuß erreichen konnte. Kein Zufall dürfte es gewesen sein, dass einen Monat später ebenfalls Rudolph Gutsche in das mit zwei Wohnungen ausgestattete Haus in der Rheingoldstraße einzog.¹²⁴ Die Stasi-Offiziere pflegten vermutlich seit 1949/50 eine auch den privaten Bereich einschließende kumpelhafte Beziehung. Dazu kam, dass ihre Ehepartnerinnen Russinnen waren und beide Frauen einen ihnen aus ihrer Heimat vertrauten guten familiär-nachbarschaftlichen Kontakt sehr schätzen. 1957 beschloss die Führung der Abteilung VIII, neben der Verwaltung und der Intendantur alle nachgeordneten Versorgungs- und Dienstleistungseinheiten in einem neugebildeten Referat 5 (Technik) zusammenzufassen. Die Leitung dieser aus vielen kleinen Bereichen bestehende Struktur, so unter anderem Beschaffung, Instandhaltung, Bereitstellung der technischen Mittel, Schulung

121 Für seinen Abteilungschef Rudolf Gutsche war der Sturz seines Idols dagegen eine Tragödie: „Der XX. Parteitag hat mir unheimlich zu schaffen gemacht, ich war ziemlich vor den Kopf geschlagen, was Stalin anbetrifft.“ Gieseke, Jens: Die hauptamtlichen Mitarbeiter der Staatssicherheit. Personalstruktur und Lebenswelt 1950–1989/90. Berlin 2000, S. 214.

122 KA MfS, Erklärung vom 5. Juli 1955, Bl. 201.

123 Ebd., Handschriftliche Notiz R. Gutsche vom 6. Juli 1955 auf der Erklärung vom 5. Juli 1955, Bl. 201. Dass der geschilderte Fall keine Einzelercheinung und für das SfS von beträchtlicher Relevanz war, belegt indirekt der Umstand, dass im Sommer 1955 alle MfS-Mitarbeiter eine „Erklärung“ mit vorgedrucktem Text unterschreiben mussten, in dem sie sich unter anderem dazu verpflichteten, „die Westsektoren Berlins [nicht] zu betreten oder zu durchfahren“ sowie „dafür zu sorgen, daß auch [... die] nächsten Familienangehörigen [...] dieses Verbot unbedingt beachten.“ Ebd., Erklärung vom 15. August 1955, Bl. 118

124 MfS KS II 146/76, Zusammengefaßte Auskunft, Bl. 21.

und Ausbildung sowie Funk-, Foto- und Chiffrierwesen, wurde am 15. August 1957 Karl Keilhofer übertragen. Am Jahresende erreichte er dann eine weitere Stufe seiner persönlichen Karriereleiter. Noch auf Betreiben Rudolf Gutsche wurde Keilhofer mit Wirkung vom 1. Dezember 1957 in die Dienststellung „Referatsleiter operativ“ eingestuft und entsprechend besoldet.¹²⁵

Bald zeigte sich jedoch erneut, dass Keilhofer mit einem solchen Leitungsposten völlig überfordert war. Nach einer späteren Einschätzung der Hauptabteilung Kader und Schulung bedurfte seine Leitungstätigkeit „der ständigen Anleitung und Kontrolle“. Besonders negativ fiel ins Gewicht, dass er bezüglich der operativen Geheimdienstpraxis eigentlich keine praktischen Erfahrungen und Kenntnisse besaß und ihm für die Bearbeitung der anstehenden operativ-technischen Aufgabenstellungen in seinem Verantwortungsbereich weitestgehend das nötige Fachwissen fehlte.¹²⁶ Für die Umstrukturierungsprojekte des neuen Leiters der Abteilung VIII – im Mai 1958 durch Ministerbefehl zur Hauptabteilung aufgewertet –, Major Albert Schubert, wurde Keilhofer dadurch zunehmend zum Hemmnis. Ebenso passte er nicht zu dessen personalpolitischen Vorstellungen. Nachteilig wirkte sich nun auch sein enges Verhältnis zu Rudolph Gutsche aus. Dieser war bereits im November 1957 in Ungnade gefallen und musste auf Befehl Mielkes aus der Abteilung VIII ausscheiden.¹²⁷

Angesichts der für beide Seiten zunehmend unbefriedigenden Gemengelage setzte sich Major Schubert im Fall Keilhofer gleichfalls für eine schnelle und radikale Problemlösung ein. Ende Juni 1958 beschließt die HA KuS (Hauptabteilung Kader und Schulung) schließlich, den unerwünschten Kader aus der HA VIII herauszulösen und als operativen Mitarbeiter in die von dem SU-Emigranten Josef Kiefel geleitete Hauptabteilung II zu versetzen.¹²⁸

Quartiermeister und Objektmanager in Berlin-Karlshorst

Nach den Kaderunterlagen gehörte Keilhofer formal ab dem 1. Juli 1958 zur Spionageabwehr des MfS. Den Dienst nahm er dort aber erst nach einem einmonatigen Kurarrest und anschließenden Jahresurlaub in der Sowjetunion nach dem 4. September auf. Bereits nach wenigen Wochen stellte sich allerdings heraus, dass auch die HA II für den bisherigen Referatsleiter Keilhofer keine richtige Verwendung hatte. In einem Schreiben an die HA KuS wies Oberst Kiefel plötzlich darauf hin, dass die Stelle, die für den Neuzugang Keilhofer vorgesehen war, eigentlich „nicht besetzt [zu] werden braucht“ und dieser „ausserdem nicht für die operative Arbeit [ge]eignet“ sei.¹²⁹

In dieser äußerst prekären Situation erhielt Keilhofer wie bereits mehrfach zuvor von einem Landsmann Unterstützung. Im aktuellen Fall trat erneut Wilhelm Gaida, politischer Weggefährte seit der Vorkriegszeit, für ihn ein. Oberst Gaida wirkte bis zu seiner Ablösung durch Martin Weikert im November 1957 als Chef der Bezirksverwaltung des SfS/MfS in Erfurt. Danach wurde er nach Berlin berufen und leitete im Ministerium das Abteilungskonglomerat der Hauptverwaltung B (Beschaffung/Versorgung/Betreuung). Keilhofer unterbreitete er den Vorschlag, ihn in die im Sommer 1958 gebildete Wohnungsverwaltung des MfS innerhalb der Hauptabteilung Verwaltung und Wirtschaft (HA VuW) einzustellen. Keilhofer nahm das Angebot dankbar an und wechselte im

125 KA MfS, Veränderungsmeldung vom 7. Febr. 1957, Bl. 153; Schmole/Tilmann: Hauptabteilung VIII, S. 106.

126 KA MfS, Aktenvermerk vom 19. Juni 1958, Bl. 160.

127 R. Gutsche übernahm am 27. Nov. 1957 den Posten eines stellvertretenden Leiters der Abt. F (Funk). Ähnlich erging es Martin Weikert. Dieser verlor etwa zur gleichen Zeit seine Dienststellung als stellvertretender Minister und wurde als Leiter der Bezirksverwaltung nach Erfurt geschickt.

128 Ebd., Handschriftliche Vermerke auf dem Aktenvermerk vom 19. Juni 1958, Bl. 159.

129 Ebd., Schreiben J. Kiefel vom 20. Nov. 1958, Bl. 163.

Dezember 1958 mit der Dienststellung Referatsleiter in den vereinbarten Abteilungsbe-
reich.¹³⁰ Wie mit Gaida abgesprochen, bekam er dort, unter anderem auch „aufgrund
seiner Sprachkenntnisse“¹³¹, vom Leiter Major Bruno Plasch die Zuständigkeit für die
Betreuung der Wohnobjekte und Unterkünfte der sowjetischen Diplomaten und Bot-
schaftsangehörigen im „Sondergebiet“ – eine MfS-interne Bezeichnung für das Sperr-
gebiet Karlshorst – übertragen.¹³² Im neuen Ressort war Keilhofer zunächst mit der in-
ternen Strukturierung und der Etablierung formalisierter Dienstabläufe befasst. Nach
Darstellung seiner Vorgesetzten nahm der langjährig erfahrene Administrator und Or-
ganisator die „ihm gestellten [vielseitigen fachlichen] Aufgaben“, wozu auch die In-
standsetzung der Gebäude und die Pflege der Grundstücke gehörten, „mit großem Eifer
und Verantwortungsbewußtsein“ in Angriff.¹³³ Unverändert problematisch blieb sein
Verhältnis zur „Parteiarbeit“ sowie zu den Mitarbeitern und Untergebenen, darunter
auch eine Reihe von Zivilbeschäftigten.¹³⁴ Für seine unmittelbaren Vorgesetzten waren
diese Kritikpunkte von untergeordneter Bedeutung. Aus zweckdienlichen Erwägungen
wurden sie bei anstehenden kaderpolitischen Entscheidungen zumeist auch weiterhin
zugunsten Keilhofers einfach ignoriert. So hieß es zum Beispiel in der Vorschlagsbe-
gründung seines Einsatzes als stellvertretender Leiter der Abteilung VI (Wohnungsbau)
der HA VuW, welcher am 1. Mai 1960 erfolgte: „Genosse K. ist gegenüber seinen ihm
unterstellten Mitarbeitern korrekt. Er versteht es auch, sie richtig anzuleiten und neue
Arbeitsmethoden durchzusetzen.“¹³⁵ Bei allen vorhandenen charakterlichen Mängeln
und anderen Schwachpunkten sah es das MfS letztlich als entscheidend an, dass Keil-
hofer aufrichtig „bestrebt [war], alle [seine] Kraft einzusetzen, um den sowjetischen
Freunden ein angenehmes Wohnen zu verschaffen [sic!]“¹³⁶ und dabei zufriedenstel-
lende Ergebnisse erzielte. Aus dieser Perspektive befürworteten die involvierten Instan-
zen auch die am 7. Oktober 1960 vollzogene Beförderung ihres fachlich unterqualifi-
zierten und parteipolitisch nur mäßig entwickelten Kadern zum Major.

Etwa im November 1960 wurde Keilhofer damit beauftragt, die „Wohnungsverwaltung
G“, die gleichfalls im sowjetischen Sperrgebiet spezielle Betreuungs- und Versorgungsaufgaben – vermutlich für das KGB – wahrnahm, in das von ihm verantwortete Objek-
tressort zu integrieren.¹³⁷ Am 2. Januar 1961 ordnete Minister Erich Mielke an, aus den
beiden, ursprünglich separat wirkenden Wohnungsverwaltungen die „Koordinierungs-
stelle Sondergebiet Karlshorst“ zu bilden. Als kommissarischer Leiter der neuen Struk-
tureinheit, die als eigenständige Abteilung Oberst Gaida direkt unterstand, benannte der

130 Ebd., Schreiben J. Kiefel vom 20. Nov. 1958, Aktenvermerk vom 11. April 1960, Bl. 18, 163.

131 Ebd., Beurteilung vom 24. Juni 1959, Bl. 96.

132 Zum „Sondergebiet“ siehe zum Beispiel: Schulze, Hans-Michael: Spuren vom „Berliner Kreml“.
Wie die Sowjets fast fünfzig Jahre lang Berlin-Karlshorst geprägt haben, in: ZdF Nr. 16/2004, S. 59–
69; Barbara Timm: „Achtung Sperrgebiet“. Karlshorst – das Dahlem des Ostens, in Horch und Guck,
Heft 2/2005, S. 7–10.

133 KA MfS, Beurteilung vom 19. Februar 1960, Aktenvermerk vom 11. April 1960, Bl. 97, 18.

134 Vergreift sich „im Umgang mit den Mitarbeitern [...] oftmals im Ton [und läßt] die erforderlichen
Höflichkeitsformen vermissen“. Ebd., Beurteilung vom 30. November 1960, Bl. 100.

135 Ebd., Aktenvermerk vom 11. April 1960, Bl. 18.

136 Ebd., Begründung vom 11. August 1960, Bl. 98.

137 KA MfS, Beurteilung vom 30. November 1960, Bl. 100. Die Wohnungsverwaltung G in der Wal-
dowstraße 28 war als Stadtteilverwaltung G ursprünglich Bestandteil der Berliner Volkseigenen
Wohnungsverwaltung Lichtenberg. In der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre wurde sie dem MfS
unterstellt. Wiedmann verlegt die Bildung der Verwaltung G fälschlicherweise in das Jahr 1962.
Wiedmann: Dienstseinheiten, S. 353. Siehe auch: Timm: Sperrgebiet, S. 8.

Minister vorübergehend Karl Keilhofer.¹³⁸ Für den Posten des zukünftigen Abteilungschefs schlug vermutlich Gaida seinen ehemaligen Vorgesetzten in der Weimarer MfS-Landesverwaltung Thüringen und langjährigen Kumpel Rudolf Gutsche vor. Dieser beherrschte durch sein Exil in der Sowjetunion perfekt die russische Sprache und hatte durch seine Geheimdienstseinsätze vor und während des Zweiten Weltkrieges vorzügliche Kontakte zu Offizieren des KGB. Für die Berufung zum Leiter der Koordinierungsstelle Karlshorst (KK) Anfang Mai 1962 prädestinierte ihn auch ein kurz zuvor absolvierter Lehrgang an der Juristischen Hochschule des MfS in Potsdam-Eiche.¹³⁹

Keilhofer empfand diese Kaderentscheidung, die mit der eigenen Zurücksetzung in der Dienststellung einherging, als persönliche Desavouierung und Missachtung seiner bisherigen Leistungen beim Aufbau und der Leitung der KK. So blieb nicht aus, dass sich zwischen dem neuen Chef und dem nunmehrigen stellvertretenden Abteilungsleiter, deren private Nachbarschaftsgemeinschaft bereits seit Monaten nicht mehr bestand, bald auch massive dienstliche Spannungen aufbauten. Als Katalysator wirkte dabei ein von Gutsche kurz nach seiner Amtseinführung zusammengestellter Bericht über den „politisch-moralische Zustand“ in der Abteilung KK, in dem er auch den Führungsstil seines kommissarischen Vorgängers einer stark kritischen Beurteilung unterzog. Der belastende Konflikt zwischen den beiden eigenwilligen Charakteren garte über mehrere Monate. In dieser Zeit fanden mit Keilhofer mehrere „persönliche Aussprachen“ und Problemerkörterungen auf der Ebene verschiedener Parteigremien statt. Inhaltlich kreisten diese Debatten immer wieder um sein mangelhaftes Auftreten als Führungskader sowie speziell um die von den Mitarbeitern nur schwer akzeptierbaren und vielfach missverstandenen „Ausdrucks- und Umgangsform[en]“.¹⁴⁰ Keilhofer versprach zwar auf einer außerordentlichen Zusammenkunft der SED-Grundorganisationsleitung, sich zu ändern, beharrte aber innerlich auf einer Position der Selbstüberschätzung, Überempfindlichkeit und störrisch-beleidigten Uneinsichtigkeit.

Nachdem am 5. November 1962 auf einer Parteiversammlung über die 17. Tagung des ZK der SED der bisher nur intern behandelte „kadererzieherische Problem[fall]“ öffentlich thematisiert wurde, beantragte Keilhofer am Tag darauf in einem an Gutsche adressierten Schreiben resignierend seine Versetzung. Den Wunsch, aus der KK auszuscheiden, begründete er damit, dass mit der Tätigkeitsaufnahme von Referatsleitern in der Abteilung sein Posten als stellvertretender Abteilungsleiter eigentlich überflüssig sei und er sich „in der selbigen Stellung“ nicht mehr „wohl [fühle]“.¹⁴¹ In einer Stellungnahme zu dem Gesuch machte sich Gutsche teilweise die Argumentation Keilhofers zu eigen und bestätigte, dass „ein stellvertretender Abteilungsleiter in der Abteilung K.K. nicht [mehr gebraucht würde]“. Auf die Gefühlslage seines langjährig vertrauten Weggefährten ging er hingegen nicht weiter ein und bezeichnete sie lapidar als „seine eigene Sache“.¹⁴²

Angesichts des „angespannten Verhältnisses zwischen [...] Keilhofer und den übrigen Mitarbeitern“ der KK schien es angeraten, dessen Versetzung „schnellstens durchzuführen“. Dafür war der Chef der HA VuW, Oberst Richard Bein, sogar bereit, die von dem unerwünschten Kader besetzte Planstelle an einen anderen MfS-Abteilungsbereich

138 Ebd., S. 348. Mit dem Ministerbefehl 3/61 wurde Keilhofer gleichzeitig vom Posten des stellvertretenden Leiters der Abteilung VI entbunden. KA MfS, Dienstverhältnisse o. D., Vermerk vom 5. Juni 1961, Bl. 63, 172.

139 Gutsche besuchte die Schule von Mai 1961 bis April 1962. MfS KS II 146/76, Auskunft, Bl. 14/15.

140 Mit Keilhofer wurden zwischen April und Anfang November 1962 „wenigstens 15 persönliche Aussprachen“ geführt. KA MfS, Stellungnahme R. Gutsche vom 10. November 1962, Bl. 178.

141 KA MfS, Versetzungsantrag vom 6. November 1962, Bl. 176.

142 Ebd., Stellungnahme R. Gutsche vom 10. November 1962, Bl. 178

abzutreten.¹⁴³ Merkwürdigerweise stimmte ausgerechnet Oberstleutnant Albert Schubert, der vor fünf Jahren das Ausscheiden des Sudetendeutschen aus seinem Verantwortungsbereich betrieben hatte, einem solchen Arrangement zu. So wurde Keilhofer am 12. März 1963 als Referatsleiter wieder in den Stellenplan der HA VIII übernommen.¹⁴⁴

Vermutlich haben die verantwortlichen MfS-Offiziere bei ihrem Personaldeal die Befindlichkeiten des betroffenen Majors unberücksichtigt gelassen und auch nicht nach anderen Einsatzalternativen gesucht. Nur so erklärt sich, warum Keilhofer „von Anfang an“ nicht mit der ihm zugedachten Tätigkeit „als Sachbearbeiter für wirtschaftliche Fragen“ in der Abteilung VII der HA VIII einverstanden war.¹⁴⁵ Dort sollte er, obwohl in der Kaderakte seine fehlende Eignung für die operative Arbeit mehrfach dokumentiert war, die wirtschaftliche Betreuung konspirativer Objekte und die Versorgung von Inoffiziellen Mitarbeitern (IM) im gerade aufgehobenen Sperrgebiet Karlshorst¹⁴⁶ übernehmen. Akzeptabel für ihn erwies sich lediglich der Umstand, dass sich sein neuer Dienststellenstandort und sein zukünftiges berufliches Wirkungsfeld weiterhin in der unmittelbaren Nähe seiner Wohnung befanden.

Der psychisch belastende Abteilungswechsel wirkte sich außerordentlich negativ auf den allgemeinen Gesundheitszustand Keilhofers aus. Bereits seit Sommer 1962 klagte der Raucher über akute Atemnot und im Zusammenhang mit einem bereits seit längerem diagnostierten Herzmuskelschaden über akute Beklemmungen. Von Mitte Januar bis Anfang März 1963 musste er eine Lungenentzündung ausheilen. Unmittelbar darauf suchte Keilhofer seinen Arzt permanent wegen starker Nervosität, Schwindelgefühlen, Kopfschmerzen, Gedächtnis- und Konzentrationsproblemen sowie Einschlafstörungen auf. Im April sollte außerdem eine Kurverschickung nach Bad Elster zur Linderung seines chronischen Rheumaleidens beitragen. Weiterhin plagte ihn ein akutes Zwölffingerdarmgeschwür, welches im Juli/August während eines stationären Aufenthalts im Berliner Volkspolizei-Krankenhaus behandelt wurde.¹⁴⁷

Die Verantwortlichen in Keilhofers neuer Dienststruktur waren offensichtlich nicht über die Komplexität und das konkrete Ausmaß seiner gesundheitlichen Beeinträchtigung informiert. Da er nach mehreren Monaten die vorgesehene Tätigkeit noch immer nicht aufgenommen hatte, sah die Abteilungsleitung seinen vereinbarten Einsatz in der HA VIII schließlich als hinfällig an, worüber vermutlich auch Erich Mielke in Kenntnis gesetzt wurde. Anfang August 1963 forderte der Staatssicherheitsminister die HA KuS auf, bezüglich des „langzeitkranken“ Majors endlich eine Regelung herbeizuführen. Ohne Rücksicht auf die ärztliche Schweigepflicht befahl er seinen Kaderoffizieren, über Keilhofers Gesundheitszustand Erkundigungen beim Medizinischen Dienst (MD) einzuholen und nach dessen Genesung mit ihm eine Aussprache zwecks Prüfung seiner Weiterverwendung im MfS zu führen. Auf der von Mielke angesetzten Zusammenkunft, für die unter anderem die Teilnahme von Rudolf Gutsche „und evtl. [von] Genossen der Abteilung Sicherheit beim Zentralkomitee“ vorgesehen war, sollten Keilhofer auch „die Grenzen seiner Fähigkeiten und die des möglichen Einsatzes“ aufgezeigt werden.¹⁴⁸

143 Ebd., Schreiben von R. Bein vom 4. Dezember 1962, Bl. 177.

144 Ebd., KA MfS, Dienstverhältnisse o. D., Bl. 63.

145 Ebd., Vorschlag zur Entlassung vom 29. November 1963, Bl. 183/184.

146 Das Sperrgebiet wurde bis auf den sogenannten inneren Ring des KGB am 26. Mai 1963 aufgelöst.

147 In diesem Kontext sei angemerkt, dass Keilhofer zudem auch ein sehr eigenwilliger Patient war.

Bei Bedarf konsultierte er regelwidrig sowjetische Ärzte aus dem Sperrgebiet und ließ sich von diesen Heilmittel verordnen. MfS KS II 130/64 GU I, Bd. 1, Eintrag im Behandlungsbuch vom 25. Februar 1960, Bl. 58.

148 KA MfS, Schreiben an Wilhelm Wöhl vom 7. August 1963, Bl. 179.

Durch die Intervention des Staatssicherheitsministers kam endlich Bewegung in die mehrfach verschleppte, leidige Personalangelegenheit. Bereits am 22. August 1963 reagierte der MD der Stasi auf eine entsprechende Anfrage der HA KuS. In einer gerafften ärztlichen Einschätzung attestierten die beauftragten MfS-Ärzte Keilhofer, der bereits seit seinem 50. Lebensjahr eine VdN-Rente (Verfolgter des Naziregimes) bezog und schon seit über drei Jahren teilweise dienstuntauglich und deshalb von der militärischen Geländeausbildung freigestellt war, „eine erhebliche allgemeine Arterio- und Cerebralsklerose“ und andere schwerwiegende Krankheitserscheinungen. Abschließend resümierte der MD, dass eine, vermutlich von der HA KuS ins Spiel gebrachte „Invalidisierung [...] bisher noch nicht konkret zur Debatte [stand]“, „aber bei der erheblich herabgesetzte[n] Leistungsbreite des Patienten ärztlich verantwortet werden“ könne.¹⁴⁹

Kurze Zeit später legte eine fachmedizinische Kommission des MD zu dem Vorschlag einer gesundheitsbedingten vorzeitigen Pensionierung einen begründeten Beschluss vor. Damit entfiel die Notwendigkeit, die von Mielke angeordnete Aussprache über die weitere Dienstverwendung Keilhofers durchzuführen.

Der zur Überschätzung seiner eigenen Kräfte und Fähigkeiten neigende Major erklärte sich nur widerwillig mit der vom Ärztekonsilium empfohlenen Invalidisierung einverstanden. Vermutlich fügte er sich nur, weil er in einem Personalgespräch bei der HA KuS für den Fall einer Weiterbeschäftigung mit der unerquicklichen Perspektive einer Zurückstufung in der Dienststellung und der Versetzung in eine der unbeliebten Abteilungen XII (Zentralarchiv), XIV (Untersuchungshaft) oder XVI (Strafvollzug) konfrontiert wurde.¹⁵⁰ „Beim Ausscheiden aus den aktiven Dienst“ versprach sein einflussreicher Landsmann Oberst Wilhelm Gaida, zu diesem Zeitpunkt Leiter der Inneren Verwaltung und Mitglied des Kollegiums des MfS, zudem, sich für ihn um „irgendeine Beschäftigung“ zu kümmern.¹⁵¹ Die Abteilung VII der HA VIII begründete die angestrebte Entlassung Keilhofers unter anderem damit, dass von ihm „selbst einfache Arbeiten nur noch unbefriedigend gelöst wurden“ und er „auf Grund seines Alters und seiner Krankheit [...] kaum wieder als volle Arbeitskraft eingesetzt werden könne“.¹⁵² Nachdem sich beide Seiten prinzipiell geeinigt hatten, war die Erstellung der erforderlichen Pensionsunterlagen nur noch eine Formsache. Ende November entpflichtete der Stasi-Dienstherr seine langjährigen Kader und schickte Keilhofer ab dem 1. Dezember 1963 in Invalidenrente.

GHI-Kandidat

Ungeachtet der krankheitsbedingter Pensionierung und seines sperrigen Charakters bemühte sich das MfS auch weiterhin um eine aus seiner Sicht vertretbare Einbeziehung des ehemaligen hauptamtlichen Mitarbeiters in sein klandestines Wirken. Auf der ständigen Suche nach Inoffiziellen Mitarbeitern geriet der Major a. D. in das Visier der gerade in einer Umformierungsphase begriffenen Hauptabteilung XIX (Verkehr).¹⁵³ Bereits im März 1964 wurde Keilhofer durch Oberstleutnant Reichert von der unter anderem für die Deutsche Reichsbahn zuständigen Unterabteilung HA XIX/I kontaktiert. Dieser hatte die Absicht, den Karlhorster Ruheständler als Geheimen Hauptinformer (GHI) im Bereich des Mitropa-Fahrbetriebs Berlin zu werben. Konkret sollte Keilhofer

149 Ebd., Schreiben von Oberst Günter Kempe vom 22. August 1963, Bl. 248.

150 Ebd., Schreiben an Wilhelm Wöhl vom 7. August 1963, Bl. 179.

151 BStU, MfS MfS 16634/64, Vermerk vom 12. März 1964, Bl. 11.

152 KA MfS, Vorschlag zur Entlassung vom 29. November 1963, Bl. 184.

153 Im März 1964 wurde die HA XIII in HA XIX umbenannt und deren Aufgabenbereich erweitert. Wiedmann: Dienstseinheiten, S. 314 ff.

ein etwa zehn bis fünfzehn Personen großes Netz Geheimer Informatoren (GI), bestehend aus Schlafwagenschaffnern und anderem Begleitpersonal des Abstellbahnhofs Rummelsburg, die im Reiseverkehr mit sozialistischen Ländern tätig waren, anleiten.¹⁵⁴ In dem Anbahnungsgespräch wies Keilhofer Reichert zunächst auf seine gesundheitlichen Einschränkungen und die Schwierigkeiten beim Abfassen von Berichten hin, erklärte seinem Naturell entsprechend dann jedoch ohne zu zögern, dass er „sich aber durchaus in der Lage fühlt, diese Aufgabe zu übernehmen.“ Die inoffizielle Tätigkeit könne er allerdings erst im Juli des Jahres beginnen, da ein Kuraufenthalt in Karlovy Vary bevorstehe und im Anschluss ein vierwöchiger Urlaub bei den Angehörigen seiner Frau in der Sowjetunion geplant sei. Oberstleutnant Reichert sah in den anstehenden Reiseaktivitäten Keilhofer kein Problem und sicherte ihm zu, dass er „in absehbarer Zeit eine endgültige Entscheidung erfährt.“¹⁵⁵

In den darauffolgenden Wochen nahm der Offizier der HA XIX/I unter anderem Einblick in die MfS-Kaderakte des GHI-Aspiranten, erarbeitete ein Konzept für dessen zweimonatige Schulung und ließ eine vorgeschriebene IM-Vorlaufakte anlegen. Am 27. August suchte der von der Abteilung XIX/I als Führungsoffizier vorgesehene Oberleutnant Lehmann aus dem Referat 4 den zukünftigen geheimen Mitarbeiter am frühen Abend in seiner Wohnung auf. Der umtriebige und ungeduldige Keilhofer offerierte dem zunächst überraschten Stasi-Gast, dass er mit einer Rückmeldung eigentlich schon nicht mehr gerechnet hätte und er wegen der Beschaffung einer Tätigkeit zwischenzeitlich bereits bei Oberst Gaida gewesen sei. Dieser habe ihm angeboten, „als Lagerverwalter bei der [Sportvereinigung] Dynamo zu arbeiten.“ In dem folgenden „Überzeugungsgespräch“ gelang es Oberleutnant Lehmann durch eine erneute ausführliche Veranschaulichung der „Aufgabenstellung in unserer Zusammenarbeit“ sein Gegenüber jedoch wieder umzustimmen. Mit der Bemerkung, dass ihm „wegen seiner Arbeit als Lagerverwalter noch keine feste Zusage gemacht“ worden sei, erneuerte Keilhofer schließlich seine Einverständniserklärung für die von ihm erwartete GHI-Tätigkeit. Zuvor müsse er aber noch die verschobene Urlaubsreise in die Sowjetunion antreten, nach der er sich Ende September wieder bei Lehmann melden würde.¹⁵⁶

Wie vereinbart kam es am 21. Oktober 1964 zu einem weiteren „Treff“ zwischen dem aktiven und dem außer Dienst gestellten MfS-Offizier. Eingangs berichtete der „sehr aufgeschlossen“ auftretende Keilhofer „über seine Reise in die SU“, wechselte dann aber umgehend zum eigentlichen Anlass der Zusammenkunft. Er sei weiterhin bereit, „die vorgesehene Aufgabe als GHI zu übernehmen“, müsse aber aus aktuellem Anlass auf seine schlechte körperliche Verfassung aufmerksam machen. So wäre er in der vergangenen Woche infolge akuter Kreislaufprobleme „2 mal [...] umgefallen“. Infolge dessen würde nun eine Operation anstehen. Darüber hinaus deutete Keilhofer an, dass eine „weitere Verschlechterung seines Gesundheitszustandes“ nicht ausgeschlossen und eher wahrscheinlich sei.¹⁵⁷ Auf Oberleutnant Lehmann machte der Invalidenrentner einen „kränklichen und angegriffen[en] Eindruck“. Nach dem unmissverständlichen Gespräch mit Keilhofer empfahl er in seinem „Treff“-Bericht, vom „Einsatz des Kandidaten aus gesundheitlichen Gründen Abstand zu nehmen“.¹⁵⁸ Der Leiter des Referats

154 BStU, MfS MfS 16634/64, Vorschlag zur Werbung eines IM vom 6. Aug. 1964, Bl. 36 ff.

155 Ebd., MfS MfS 16634/64, Vermerk vom 12. März 1964, Bl. 11.

156 BStU, MfS MfS 16634/64, Bericht über die Aussprache vom 28. August 1964, Bl. 49.

157 BStU, MfS MfS 16634/64, Bericht über die Aussprache vom 22. Oktober 1964, Bl. 50.

158 Ebd.

XIX/I/4 stimmte dem Vorschlag seines Mitarbeiters zu. Ende Oktober 1964 stellte Oberleutnant Lehmann den IM-Vorlauf ein und übergab die angelegte Akte an das Zentralarchiv.¹⁵⁹ Damit endete der missglückte Versuch, Keilhofer für das MfS zu reaktivieren.

Veteran und geehrter Rentner

Über den nun folgenden Lebensabschnitt Keilhofers liegen dem Autor nur sporadische Informationen vor. Als ehemaliger „Kämpfer gegen den Faschismus“ und langjähriger MfS-Angehöriger wurde er, wie bereits auch zuvor, an staatsoffiziellen Feier- und Jahrestagen sowie anlässlich persönlicher Jubiläen mit dem in der DDR üblichen „Auszeichnungs- und Ordensblech“ bedacht. So erhielt er 1969 die Verdienstmedaille der NVA in Gold, 1974 den Vaterländischen Verdienstorden in Bronze und 1979 die Medaille für Waffenbrüderschaft in Gold. 1975 zeichnete ihn das Präsidium des Obersten Sowjets mit der Medaille „30. Jahrestag des Sieges im Großen Vaterländischen Krieg 1941–1945“ aus. Als Begründungen für die jeweilige Ehrung mussten zumeist gestanzte Formulierungen über seine Teilnahme am Spanischen Bürgerkrieg und am antifaschistischen Widerstandskampf sowie über sein Handeln als „proletarischer Internationalist“ und beim Aufbau der „bewaffneten Organe“ der DDR herhalten. Aus diesen Texten geht auch hervor, dass Keilhofer Ende der siebziger Jahre „noch aktiv am gesellschaftlichen Leben im Wohngebiet teil[nahm]“. Bevorzugt engagierte er sich in der sehr aktiven Karlshorster DSF-Gruppe. Dabei unterstützte er insbesondere „die sowjetischen Genossen beim Aus- und Umbau der sowjetischen Museen in der DDR.“ Im „Verband der Spanienkämpfer“¹⁶⁰ beteiligte er sich „an allen Veranstaltungen [...] und leistete entsprechend seinen Möglichkeiten Agitationsarbeit.“¹⁶¹

Der Sohn und die Tochter Keilhofers, Waleri und Gerda, traten, wie bei Stasi-Kindern nicht unüblich, beruflich in die Fußstapfen des Vaters. Beide dienten ab den sechziger Jahren gleichfalls als Offiziere im MfS.¹⁶² Mit zunehmendem Alter verschlechterte sich der Gesundheitszustand Keilhofers rapide. Anfang 1988 beantragte die Tochter bei ihrem Arbeitgeber eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit, um der Mutter bei der Pflege des „chronisch krank[en] und fast bettlägerig[en]“ Vaters helfen zu können.¹⁶³ Ihr Gesuch kam jedoch zu spät. Karl Keilhofer starb kurz darauf am 27. März 1988, nur wenige Tage vor Vollendung seines 79. Lebensjahres. Beerdigt wurde er im Ehrenhain für die Verfolgten des Naziregimes auf dem Zentralfriedhof Friedrichsfelde in Berlin-Lichtenberg. Die letzte Ruhestätte Karl Keilhofers befindet sich in unmittelbarer Nähe zu den Urnengräbern von antifaschistischen Kampfgefährten, Opfern des Stalinismus mit langjähriger Hafterschaft und Kollegen aus dem MfS. Zu Letzteren gehören unter anderem Wilhelm Gaida und Rudolf Gutsche, die beide im gleichen Jahr wie ihr ehemaliger Schützling aus dem Leben schieden.

159 BStU, MfS MfS 16634/64, Beschluß für das Einstellen eines IM-Vorlaufs vom 30. Oktober 1964, Bl. 52/53.

160 Gemeint ist wahrscheinlich die Sektion bzw. Arbeitsgruppe Spanienkämpfer beim Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer der DDR.

161 KA MfS, Vorschlag und Begründung zur Auszeichnung vom 16. Januar 1979, Bl. 212. 1966 wurde Keilhofer als Träger der „Hans-Beimler-Medaille“ von 1956 in einem DDR-Bildband über den Spanischen Bürgerkrieg erwähnt. Pasaremos. Deutsche Antifaschisten im national-revolutionären Krieg des spanischen Volkes. Bilder-Dokumente-Erinnerungen. [Ost]-Berlin 1966.

162 <http://derpreusse.blogspot.de/2016/05/die-tater-liste-90000-stasi-mitarbeiter.html>

Nach den im Frühjahr 1991 in der Zeitung „die andere“ abgedruckten Gehaltslisten des MfS waren beide Geschwister 1989 Mitarbeiter der Abteilung N (Nachrichten).

163 MfS KS II 130/64 GU I, Bd. 1, Ärztliche Bescheinigung vom 18. März 1988, Bl. 176.